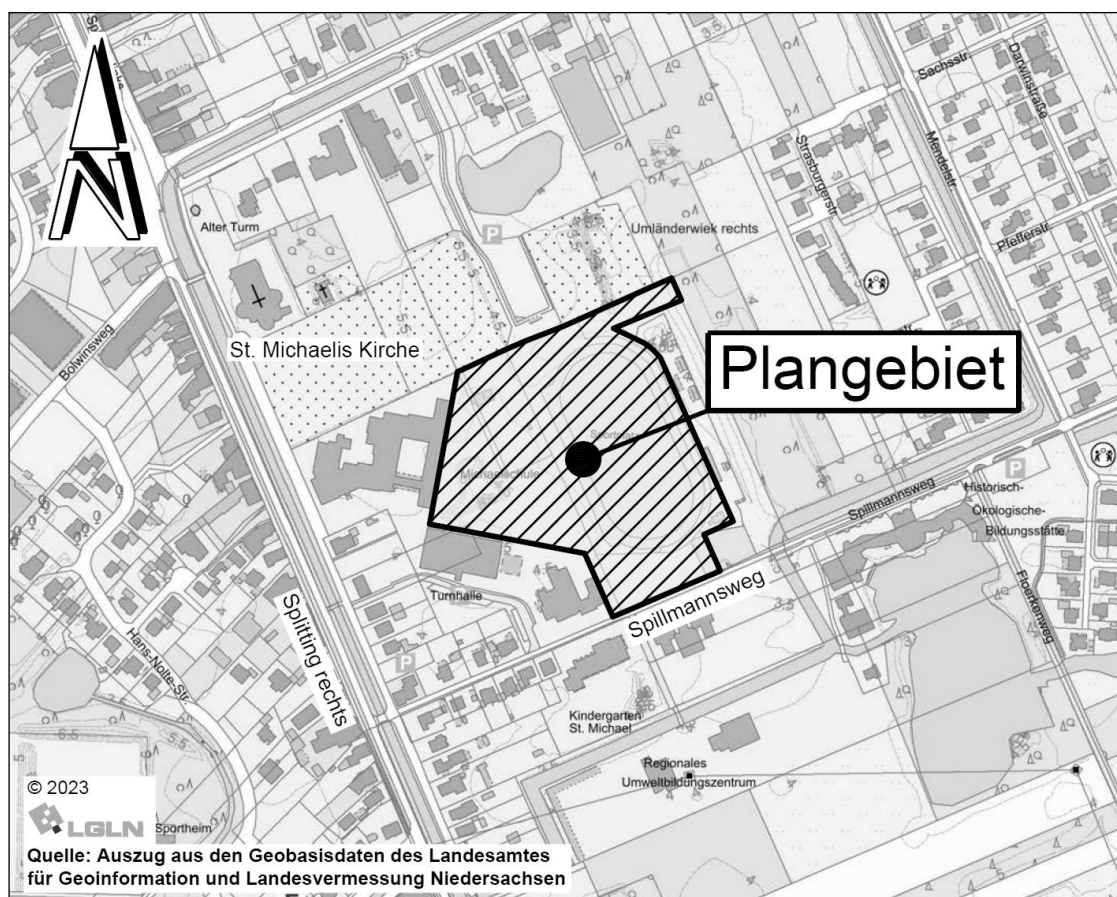


Stadt Papenburg

Landkreis Emsland



Begründung
zum Bebauungsplan Nr. 49
„Am Spillmannsweg“, 5. Änderung
mit örtlicher Bauvorschrift
(Beschleunigtes Verfahren gemäß § 13 a BauGB)



Büro für Stadtplanung

Gieselmann und Müller GmbH

Raddeweg 8

49757 Werlte

Tel.: 05951 951012

e-mail: j.mueller@bfs-werlte.de

| Inhalt | Seite |
|---|-----------|
| 1 ANLASS UND ZIEL DER PLANUNG | 3 |
| 1.1 GELTUNGSBEREICH..... | 3 |
| 2 PLANUNGSZIELE UND VORGABEN | 3 |
| 2.1 ANLASS UND ERFORDERNIS..... | 3 |
| 2.2 BESCHLEUNIGTES VERFAHREN | 4 |
| 2.3 VORBEREITENDE BAULEITPLANUNG - FLÄCHENNUTZUNGSPLAN | 5 |
| 2.4 ÖRTLICHE GEGEBENHEITEN..... | 5 |
| 3 INHALT DES PLANES | 6 |
| 3.1 ART DER BAULICHEN NUTZUNG | 6 |
| 3.2 MAß DER BAULICHEN NUTZUNG..... | 7 |
| 3.4 BAUWEISE | 8 |
| 3.5 ÖFFENTLICHE GRÜNFLÄCHE MIT DER ZWECKBESTIMMUNG „SIEDLUNGSGEHÖLZ“ | 8 |
| 3.6 DACHBEGRÜNUNG..... | 9 |
| 3.7 ÖRTLICHE BAUVORSCHRIFT (§ 84 Abs. 3 NBAUO) | 9 |
| 4 AUSWIRKUNGEN DER PLANUNG..... | 10 |
| 4.1 AUSWIRKUNGEN AUF BESTEHENDE NUTZUNGEN | 10 |
| 4.2 BELANGE VON NATUR UND LANDSCHAFT | 10 |
| 4.2.1 Naturschutzrechtliche Eingriffsregelung..... | 10 |
| 4.2.2 Artenschutz..... | 10 |
| 4.2.3 Baumbestand..... | 13 |
| 4.3 ERSCHLIEßUNG, VER- UND ENTSORGUNG | 13 |
| 4.3.1 Verkehrerschließung..... | 13 |
| 4.3.2 Wasserwirtschaftliche Erschließung..... | 13 |
| 4.3.3 Energieversorgung | 14 |
| 4.3.4 Abfallbeseitigung | 14 |
| 4.3.5 Telekommunikation | 14 |
| 5 STÄDTEBAULICHE DATEN..... | 14 |
| 6 VERFAHREN..... | 15 |
| ANLAGEN..... | 15 |

1 Anlass und Ziel der Planung

1.1 Geltungsbereich

Der Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 49 „Am Spillmannsweg“, 5. Änderung mit örtlicher Bauvorschrift, umfasst eine Fläche in Papenburg am Obenende nordöstlich des Schulzentrums der Michaelschule und der Michaelgrundschule. Das Plangebiet wird im Norden durch den Busbahnhof, den Friedhof und eine brachliegende Freifläche begrenzt und im Nordosten schließt sich eine Grünfläche an. Südlich des Plangebiets verläuft der Spillmannsweg und das westliche Plangebiet umfasst den Schulhof der Michaelschule und der Grundschule und reicht bis an die Bestandsgebäude der Schulen und die Turnhalle heran.

Das Plangebiet hat eine Größe von ca. 3,8 ha.

Die genaue Lage und Abgrenzung des Plangebietes ergibt sich aus der Planzeichnung.

2 Planungsziele und Vorgaben

2.1 Anlass und Erfordernis

Zwischen den Straßen „Splitting“, „Umländerwiek“ und dem Spillmannsweg liegt das Schulgelände der Michaelschulen mit den Schulgebäuden, den Turnhallen, dem Schulhof und dem angrenzenden Sportplatz. Zukünftig werden aufgrund der Anforderungen an den Ganztagschulbetrieb bauliche Anpassungen erforderlich. Aufgrund baulicher Mängel an den alten Turnhallen stehen auch diesbezüglich bauliche Veränderungen an. So gibt es Planungen, eine neue Turnhalle auf dem Gelände des heutigen Sportplatzes zu errichten. Der rechtskräftige Bebauungsplan sieht hier allerdings eine öffentliche Grünfläche mit der Zweckbestimmung Sportplatz vor, so dass eine Sporthalle dort nicht errichtet werden könnte. Eine Erweiterung der Schulgebäude wäre an die jetzigen Standorte gebunden, da es im Bereich des Schulhofes keine überbaubaren Bereiche gibt. Deshalb ist es erforderlich, neue überbaubare Flächen zu schaffen, die Bestandsstrukturen anzupassen und zukünftig flexible bauliche Entwicklungen zu ermöglichen.

Der Flächennutzungsplan stellt den Bereich als Gemeinbedarfsfläche mit der Zweckbestimmung „Schulzentrum“ dar. Zur Umsetzung des Vorhabens ist die Änderung des rechtskräftigen Bebauungsplans Nr. 49 erforderlich, um die planungsrechtlichen Voraussetzungen hierfür zu schaffen. Der Flächennutzungsplan muss aufgrund seiner Darstellung nicht geändert oder berichtigt werden.

2.2 Beschleunigtes Verfahren

Für Planungsvorhaben der Innenentwicklung („Bebauungspläne der Innenentwicklung“) kann das beschleunigte Verfahren nach § 13 a BauGB angewandt werden.

Gemäß § 13 a BauGB kann die Stadt einen Bebauungsplan im beschleunigten Verfahren durchführen, sofern

- es sich um einen Bebauungsplan für die Wiedernutzbarmachung von Flächen, die Nachverdichtung oder andere Maßnahmen der Innenentwicklung (Bebauungsplan der Innenentwicklung) handelt,
- in ihm eine zulässige Grundfläche im Sinne des § 19 Abs. 2 BauNVO oder eine Größe der Grundfläche festgesetzt wird von
 - a) weniger als 20.000 qm
 - b) 20.000 bis weniger als 70.000 qm, wenn durch überschlägige Prüfung die Einschätzung erlangt wird, dass der Bebauungsplan voraussichtlich keine erheblichen Umweltauswirkungen hat.
- die Zulässigkeit von Vorhaben, die einer Pflicht zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung unterliegen, nicht vorbereitet oder begründet wird und
- keine Anhaltspunkte für eine Beeinträchtigung der in § 1 Abs. 6 Nr. 7 b des BauGB genannten Schutzgüter bestehen.

Mit einem Bebauungsplan der Innenentwicklung werden somit insbesondere solche Planungen erfasst, die der Erhaltung, Erneuerung, Fortentwicklung, Anpassung und dem Umbau vorhandener Ortsteile dienen. Der Begriff der Innenentwicklung bezieht sich daher vor allem auf innerhalb des Siedlungsbereichs befindliche Flächen.

Das vorliegende Plangebiet umfasst eine Fläche von ca. 3,8 ha innerhalb des Siedlungsbereichs von Papenburg. Das Gebiet befindet sich innerhalb des Geltungsbereichs eines rechtskräftigen Bebauungsplanes. Die dort festgesetzten Nutzungen sind in der Örtlichkeit auch vorhanden. Mit der vorliegenden Planung soll das Gebiet des Schulzentrums umstrukturiert und nachverdichtet werden. Aus den vor genannten Gründen kann das Plangebiet als Bebauungsplan der Innenentwicklung bewertet werden.

Im Bereich der festgesetzten Gemeinbedarfsfläche mit der Zweckbestimmung - Schule - wird eine Grundflächenzahl von 0,4 festgesetzt. Bei einer Größe der Gemeinbedarfsfläche von 13.070 qm ergibt sich eine Grundfläche von 5.228 qm. Innerhalb der Gemeinbedarfsfläche - Sportlichen Zwecken dienende Gebäude und Einrichtungen - wird eine maximal zulässige Grundfläche von 5.000 qm festgesetzt. Damit ergibt sich eine Gesamtgrundfläche von 10.228 qm.

Der Schwellenwert für ein Verfahren gemäß § 13 a Abs. 1 Nr. 1 BauGB mit einer zulässigen Grundfläche von maximal 20.000 qm wird im vorliegenden Plangebiet erheblich unterschritten.

Das Plangebiet ist nicht Bestandteil eines Gebietes von gemeinschaftlicher Bedeutung oder eines Europäischen Vogelschutzgebietes im Sinne des Bundesnaturschutzgesetzes. Beeinträchtigungen der Erhaltungsziele und der Schutzzwecke dieser in § 1 Abs. 6 Nr. 7 b BauGB genannten Gebiete ergeben sich nicht.

Für die vorliegende Planung sind damit die Voraussetzungen für ein beschleunigtes Verfahren gemäß § 13 a Abs. 1. Nr. 1 BauGB gegeben. Somit wird von der Umweltprüfung, von dem Umweltbericht und von der Angabe, welche Arten umweltbezogener Informationen verfügbar sind, abgesehen. Im beschleunigten Verfahren gelten die Vorschriften des vereinfachten Verfahrens nach § 13 Abs. 2 und 3 Satz 1 BauGB entsprechend.

2.3 Vorbereitende Bauleitplanung - Flächennutzungsplan

Gemäß § 8 Abs. 2 BauGB sind Bebauungspläne aus dem Flächennutzungsplan zu entwickeln. Im wirksamen Flächennutzungsplan der Stadt Papenburg ist das Plangebiet als Gemeinbedarfsfläche mit der Zweckbestimmung „Schulzentrum“ dargestellt. Die Bebauungsplanänderung wird daher aus dem Flächennutzungsplan der Stadt Papenburg entwickelt.

2.4 Örtliche Gegebenheiten

Das östliche Plangebiet ist geprägt durch den Sportplatz. Nördlich des Sportplatzes befindet sich ein Gehölzbestand, in dem derzeit der Schulgarten untergebracht ist. Entlang der nördlichen Plangeietsgrenze verläuft ein Graben der in einen größeren Graben mündet, der schließlich ca. 250 m nordöstlich des Plangeiets in den Kanal an der Mendelstraße mündet. An der westlichen Grenze des Sportplatzes befindet sich ein Wall mit Gehölzbeständen.

Das westliche Plangebiet umfasst den Schulhof der Michaelschule und der Grundschule und grenzt im Süden an den Spillmannsweg.

Im südlichen Plangebiet befinden sich eine Stellplatzanlage und eine Freifläche, die im Ursprungsbebauungsplan als öffentliche Verkehrsfläche besonderer Zweckbestimmung „Parkplatz“ festgesetzt sind.

Zwischen dem Sportplatz und dem Schulhof verläuft ein Fuß- und Radweg vom Busbahnhof im Norden in südöstliche Richtung bis zum Spillmannsweg.

Nördlich des Plangeiets befindet sich der Busbahnhof des Schulzentrums, der von der Straße „Umländerwiek“ aus erschlossen wird. Westlich des Busbahnhofs erstreckt sich der Friedhof der St. Michael-Kirchengemeinde bis zur Straße „Splitting“. Östlich des Busbahnhofs und nördlich des Plangeiets ist eine Brachfläche vorhanden, die im Bebauungsplan Nr. 241 „Erweiterung Friedhof St. Michael“ als Erweiterungsfläche für den Friedhof festgesetzt ist.

Östlich des Plangeiets befindet sich eine Grünfläche mit Baumbestand, an die sich ein Wohngebiet anschließt.

Südlich des Plangebiets befinden sich Stellplatzflächen und südlich des Spillmannsweges der Kindergarten St. Michael und das Gelände der Historisch-Ökologischen Bildungsstätte.

Westlich des Plangebiets sind die Gebäude des Schulzentrums der Michaelsschule und der Michaelgrundschule vorhanden.

3 Inhalt des Planes

3.1 Art der baulichen Nutzung

Fläche für Gemeinbedarf - Sportlichen Zwecken dienende Gebäude und Einrichtungen

Im Bereich des heutigen Sportplatzes soll eine neue Sporthalle errichtet werden. Zu diesem Zweck wird der Bereich als Fläche für den Gemeinbedarf - Sportlichen Zwecken dienende Gebäude und Einrichtungen - festgesetzt und durch die Zweckbestimmung „Sportanlage“ konkretisiert.

Freiflächenanlagen für eine sportliche Betätigung, Nebenanlagen und erforderliche Stellplätze im Sinne der Zweckbestimmung sind im Plangebiet ebenfalls zulässig. Mit der erforderlichen Festsetzung der konkreten Zweckbestimmung ist die Art der baulichen Nutzung für diesen Bereich hinreichend bestimmt.

Fläche für Gemeinbedarf - Schule

Der westliche Bereich des Plangebietes soll für die Errichtung von Gebäuden und Anlagen einer Schule, einschließlich erforderlicher Gemeinschafts- und Verwaltungsräume, Stellplätze und Nebenanlagen, herangezogen werden.

Das Gebiet wird daher als Fläche für Gemeinbedarf - Schule - festgesetzt und durch die Zweckbestimmung „Schule“ hinreichend konkretisiert. Damit ist die Art der baulichen Nutzung für diesen Bereich hinreichend bestimmt.

Private Grünfläche mit der Zweckbestimmung „Siedlungsgehölz“

Der im nördlichen Plangebiet bestehende Gehölzbestand wird weitestgehend erhalten und soll durch die Festsetzung einer privaten Grünfläche mit der Zweckbestimmung „Siedlungsgehölz“ sowie durch die Festsetzung einer Fläche zum Erhalten von Bäumen und Sträuchern gesichert werden. Innerhalb dieser Fläche sind die vorhandenen Gehölze zu erhalten. Zum Schutz der Wurzelbereiche ist eine Versiegelung, Anschüttung und Abgrabung innerhalb dieser Flächen nicht zulässig. Ausgenommen hiervon sind untergeordnete Nebenanlagen. Abgängige Gehölze sind der Art nach zu ersetzen.

Private Verkehrsfläche mit der Zweckbestimmung „Stellplatzfläche“

Die im südlichen Plangebiet bestehende Stellplatzfläche und die angrenzende Freifläche werden als private Verkehrsfläche besonderer Zweckbestimmung „Stellplatzfläche“ in die Bebauungsplanänderung aufgenommen. Die Änderung einer öffentlichen in eine private Verkehrsfläche ist erforderlich, um den Stellplatzbedarf der im Umfeld vorhandenen und geplanten Nutzungen decken zu können.

3.2 Maß der baulichen Nutzung

Grundfläche/Grundflächenzahl

Die festgesetzte zulässige Grundfläche regelt neben der Nutzungsdichte hauptsächlich das Maß der möglichen Bodenversiegelung.

Obwohl eine Gemeinbedarfsfläche nicht zu den Baugebieten zählt und somit nicht automatisch den Bestimmungen der Baunutzungsverordnung (BauNVO) unterliegt, werden für die beiden Gemeinbedarfsflächen Festsetzungen zum Maß der baulichen Nutzung getroffen.

Auf der Gemeinbedarfsfläche mit der Zweckbestimmung „Sportanlage“ wird unter Berücksichtigung der geplanten Nutzung einer Sporthalle einschließlich der erforderlichen Stellplätze, Zufahrten und Nebenanlagen, eine Grundfläche von insgesamt maximal 5.000 qm entsprechend dem Bedarf festgesetzt.

Für die Gemeinbedarfsfläche mit der Zweckbestimmung „Schule“ wird die Festsetzung aus dem Ursprungsbebauungsplan aufgenommen und eine Grundflächenzahl von 0,4 festgesetzt. Damit wird gewährleistet, dass bei zukünftigen Entwicklungen ausreichend Freiflächen für eine Schulhofgestaltung beibehalten werden können.

Zahl der Vollgeschosse

Gemäß § 16 (3) BauNVO ist es notwendig zur hinreichenden Konkretisierung das Maß der baulichen Nutzung dreidimensional zu bestimmen. Neben der Festsetzung der Grundflächenzahl ist daher die Höhe der baulichen Anlagen oder die Zahl der Vollgeschosse festzusetzen (vgl. Fickert/Fieseler, BauNVO, 13. Auflage, § 16 Rn 21).

Im Ursprungsbebauungsplan Nr. 49 „Am Spillmannsweg“ ist eine maximale Dreigeschossigkeit festgesetzt. Diese Festsetzung soll auch innerhalb der Gemeinbedarfsfläche - Schule - der 5. Änderung aufgenommen werden. Die bestehenden Schulgebäude außerhalb des Plangebiets wurden überwiegend dreigeschossig errichtet. Wenn im Zuge der 5. Änderung Erweiterungsbauten vorgesehen werden, ist eine Angleichung an die bestehende Gebäudestruktur somit möglich.

Innerhalb der Gemeinbedarfsfläche mit der Zweckbestimmung „Sportanlage“ ist die Errichtung einer Sporthalle vorgesehen. Entsprechend der Höhe baulicher Anlagen dieser Art wird die maximale Gebäudehöhe mit 12 m festgesetzt.

3.3 Baugrenzen / überbaubare Grundstücksfläche

Die Festsetzung von Baugrenzen soll einerseits eine städtebauliche Ordnung gewährleisten und andererseits so bemessen sein, dass Baumaßnahmen eine große Gestaltungsfreiheit im Hinblick auf die Anordnung von Gebäuden auf dem Grundstück verbleibt. Der überbaubare Bereich für die Gemeinbedarfsfläche mit der Zweckbestimmung „Schule“ umfasst beinahe den gesamten Schulhof. Zur nördlichen Plangebietsgrenze am Friedhof wird mit der Baugrenze ein Abstand von 5 m eingehalten. Dieser Abstand wurde bereits im Ursprungsbebauungsplan Nr. 49 festgesetzt und soll auch für die 5. Änderung gelten.

Für die Gemeinbedarfsfläche mit der Zweckbestimmung „Sportanlage“ wird der nördliche Bereich des heutigen Sportplatzes als überbaubarer Bereich festgesetzt. In diesem Bereich soll eine neue Sporthalle errichtet werden. Zur östlichen Plangebietsgrenze wird zum Schutz der dort angrenzenden Grünstrukturen ein Abstand von 5 m eingehalten.

Am Spillmannsweg wird die Baugrenze aus dem Ursprungsbebauungsplan Nr. 49 aufgenommen. Der überbaubare Bereich wird in Richtung Osten um 9 m erweitert, um einen Gebäudeanbau zu ermöglichen.

Zwischen den Gemeinbedarfsflächen verbleibt als Abgrenzung der Nutzungen eine nicht überbaubare Fläche in einer Breite von 15 m.

3.4 Bauweise

Eine Bauweise wird nicht festgesetzt. Dies bedeutet, dass sich die Grenzabstände ausschließlich aus der Niedersächsischen Bauordnung ergeben und auch Gebäude mit einer Gebäudelänge von mehr als 50 m zulässig sind. Diese Längen können erforderlich werden, weil sich die Baukörper nach den Notwendigkeiten für den Schulbetrieb und den Sportbetrieb richten sollen.

3.5 Öffentliche Grünfläche mit der Zweckbestimmung „Siedlungsgehölz“

Grüne Strukturen im Stadtgebiet erfüllen wichtige Aufgaben und Funktionen. Sie sorgen für Schatten, kühlen und befeuchten die Luft und bieten Retentionsflächen bei Starkregenereignissen. Sie haben außerdem die Grundfunktion, die landschaftliche Einbindung des Plangebietes in das Orts- und Landschaftsbild sicherzustellen und Beeinträchtigungen von Arten und Lebensgemeinschaften zu minimieren.

Im nördlichen Plangebiet befindet sich ein Gehölzbestand aus Laubbäumen, der im Zuge der Planung gesichert werden soll.

Aus diesem Grund wird die Fläche als öffentliche Grünfläche mit der Zweckbestimmung „Siedlungsgehölz“ festgesetzt und zusätzlich als Fläche zum Erhalten von Bäumen und Sträuchern ausgewiesen. Der bestehende Baumbestand ist zu erhalten und bei Abgang der Art nach zu ersetzen. Der Gehölzbestand entlang der östlichen Plangebietsgrenze wird ebenfalls in die Grünfläche mit dem Erhaltungsgebot aufgenommen und damit geschützt.

Westlich der festgesetzten Grünfläche wird ein Teil des Baumbestandes nicht in die Grünfläche aufgenommen, um in diesem Bereich eine Flexibilität für ggf. erforderliche Nebenanlagen beizubehalten. Sofern in diesem Bereich Baumfällungen erforderlich werden, sind die zu entfernenden Bäume gemäß der Papenburger Baumschutzsatzung zu ersetzen.

3.6 Dachbegrünung

Grüne Strukturen im Stadtgebiet erfüllen wichtige Aufgaben und Funktionen. Sie sorgen für Schatten, kühlen und befeuchten die Luft und bieten Retentionsflächen bei Starkregenereignissen. Dachflächen können diesbezüglich gerade in stärker verdichteten Gebieten eine wichtige Rolle spielen. Um im vorliegenden Plangebiet diese Funktionen einer Dachbegrünung nutzen zu können, wird festgesetzt, dass auf Flachdächern und flachgeneigten Dächern der Hauptgebäude mindestens 10 % der Dachflächen als begrünte Dächer ausgebildet werden müssen. Mit dieser Vorgabe verbleibt ausreichend Flexibilität für die Neubauplanung eines funktionalen Sporthallenbaus.

3.7 Örtliche Bauvorschrift (§ 84 Abs. 3 NBauO)

Um einen Abfluss des anfallenden Oberflächenwassers zu vermeiden und die Grundwasserneubildungsrate im Plangebiet nicht zu beeinträchtigen, wird festgesetzt, dass das anfallende Oberflächenwasser im Plangebiet zu versickern ist. Eine Nutzung als Brauchwasser soll jedoch möglich sein.

Wenn aufgrund der Bodenverhältnisse eine Versickerung nicht möglich ist, ist das Oberflächenwasser durch geeignete technische Maßnahmen auf dem Grundstück zurückzuhalten und entsprechend dem natürlichen Abfluss gedrosselt der örtlichen Vorflut zuzuleiten.

4 Auswirkungen der Planung

4.1 Auswirkungen auf bestehende Nutzungen

Durch den Bebauungsplan Nr. 49, 5. Änderung wird ein Sportplatz zugunsten einer überbaubaren Fläche für die Errichtung einer Sporthalle überplant. Der Sportplatz in der vorliegenden Größe ist für den Schul- und Sportbetrieb nicht mehr erforderlich.

Im Bereich des bestehenden Schulhofs wird eine überbaubare Fläche festgesetzt, um ggf. erforderliche Erweiterungsbauten vornehmen zu können. Da die genauen Standorte für bauliche Maßnahmen noch nicht bekannt sind, wird der überbaubare Bereich großzügig ausgewiesen. Dabei können bei künftigen Planungen ausreichend große Flächen für Schulhofbereiche berücksichtigt werden.

4.2 Belange von Natur und Landschaft

4.2.1 Naturschutzrechtliche Eingriffsregelung

Das Plangebiet ist, wie in Kap. 2.4 dargelegt, bereits mit Nutzungen belegt und bauleitplanerisch abgesichert. Die vorliegende Bebauungsplanänderung kann daher im Verfahren nach § 13 a BauGB (Bebauungsplan der Innenentwicklung) ausgewiesen werden.

Nach § 13 a Abs. 4 i.V.m. Abs. 2 Nr. 4 und Abs.1 Nr. 1 BauGB gelten bei einem Bebauungsplan der Innenentwicklung Eingriffe, die aufgrund der Aufstellung des Bebauungsplanes zu erwarten sind, im Sinne des § 1 a Abs. 3 S. 5 BauGB als vor der planerischen Entscheidung erfolgt oder zulässig, sofern die Größe der Grundfläche oder die Fläche, die bei Durchführung des Bebauungsplanes voraussichtlich versiegelt wird, weniger als 20.000 qm beträgt.

Das Plangebiet umfasst mit seinem Geltungsbereich ca. 3,8 ha und ermöglicht aufgrund seiner Festsetzungen innerhalb der Gemeinbedarfsflächen die Überbauung einer Grundfläche von ca. 10.228 qm. Der Schwellenwert von 20.000 qm wird damit unterschritten. Die Voraussetzung des § 13 a Abs. 1 Nr. 1 BauGB ist im vorliegenden Fall somit gegeben.

4.2.2 Artenschutz

Die artenschutzrechtlichen Bestimmungen des § 44 Bundesnaturschutzgesetz gelten, anders als die Eingriffsregelung, unabhängig und selbständig neben dem Bebauungsplan.

Um die Auswirkungen auf den Artenschutz zu verifizieren und die Verbotstatbestände gemäß Bundesnaturschutzgesetz zu untersuchen, wurde eine Artenschutzrechtliche Potenzialanalyse durch das Büro Artenschutzkontrolle Dreessen (Anlage 1) erstellt.

Nach Aussagen des Fachbüros wurde zur Einschätzung der artenschutzrechtlichen Relevanz für das Plangebiet eine Relevanzprüfung durchgeführt. Auf

Grundlage einer Übersichtsbegehung, bei der das Habitatpotenzial ermittelt wurde, sowie einer Datenrecherche, wurde eine Einschätzung eines möglichen Vorkommens streng geschützter Arten vorgenommen. Zu diesem Zweck wurde am 20.09.2023 eine Ortsbegehung durchgeführt. Im Rahmen der Ortsbesichtigung wurde ein Potenzial für Brutvögel, Fledermäuse, Amphibien und Reptilien erkannt.

Gemäß dem Artenschutzbericht lasse das Untersuchungsgebiet aufgrund der vorhandenen Ausstattung an Lebensraum ein vielfaches Spektrum an Arten erwarten. Als wichtigste Habitatstruktur seien der Schulgarten und der Parkplatz am Spillmannsweg zu betrachten. Der Gutachter führt weiter aus, dass die vorhandenen Vegetationen viele Brutmöglichkeiten für Vögel und Quartierstrukturen für Fledermäuse bieten würden. Im Schulgarten sei zudem ein Lebensraum für Amphibien und Reptilien entstanden.

Laut Potenzialstudie stellt eine Freifläche am Spillmannsweg einen Lebensraum für Insekten dar. Dieser sei aber nicht als essenziell anzusehen, da es im Umfeld genügend andere Flächen gebe. Der Sportplatz selbst sei ein potenzielles Jagd- und Nahrungshabitat, das allerdings als geringfügig anzusehen sei. Das Gehölz auf dem Schulhof sei meist in Reihen gepflanzt und diene damit als Leitfunktion. An einem Baum konnte eine Höhlung festgestellt werden. Der Schulhof, die kleine Fläche am Spillmannsweg und der Sportplatz seien für den Artenschutz nur von geringer Bedeutung.

Im Ergebnis führt der Gutachter aus, dass, falls nur wenige Bäume auf dem Gelände entnommen werden, der Lebensraum Schulgarten als Ganzes erhalten bleibt und umfassende Vermeidungs- und Ausgleichsmaßnahmen durchgeführt werden, die Bebauungsplanänderung ggf. ohne weitere Kartierung erfolgen könne.

Der Bebauungsplanentwurf sieht vor, den Schulgarten im nördlichen Plangebiet durch Festsetzung als private Grünfläche und als Fläche zum Erhalten von Bäumen und Sträuchern in seiner Struktur zu erhalten. Beeinträchtigungen durch Maßnahmen auf der Gemeinbedarfsfläche sind nicht zu erwarten, weil die überbaubaren Bereiche einen größeren Abstand zum Grünbereich einhalten. Lediglich ein kleiner westlicher Bereich des Grünzugs wird nicht in die Festsetzung aufgenommen. Hier könnten, ebenso wie im restlichen Plangebiet, Bäume entnommen werden. In die Bebauungsplanänderung wird allerdings aufgenommen, dass vor Entnahme von Höhlenbäumen eine artenschutzrechtliche Begutachtung erfolgen muss, und es sind Fledermauskästen und Nisthilfen in der Umgebung anzubringen. Im Bereich der festgesetzten privaten Verkehrsfläche besonderer Zweckbestimmung „Stellplatzfläche“ werden drei Bestandsbäume als zu erhalten festgesetzt. Der im Ursprungsbebauungsplan berücksichtigte vierte Baum wird nicht als zu erhalten festgesetzt, da dieser im Zuge eines Ausbaus der Stellplatzfläche wahrscheinlich nicht erhalten werden kann. Baumentnahmen müssen jedoch gemäß der Baumschutzsatzung der Stadt Papenburg ersetzt werden. Aufgrund dieser Maßnahmen

wird eine weitere Kartierung der Flächen im Plangebiet nicht für erforderlich gehalten.

Folgende Handlungsempfehlungen werden durch den Gutachter benannt:

1. Schonzeiten einhalten:

Grundsätzlich ist das Roden oder Entfernen von Gehölzen in der Zeit vom 1. März bis 30. September zum Schutz der Natur laut Gesetzgeber verboten.

Da im Zuge der Baumaßnahmen Gehölze gerodet werden müssen, sind diese vorher auf Vogelnester und Fledermausbesatz zu prüfen. Falls Bäume mit potenziellen Quartierstrukturen (Höhlungen, Spalten, Risse) für Fledermäuse und Vögel betroffen sind, sind die Höhlungen und Risse 5 - 6 Tage vor der Fällung so zu verschließen, dass vorhandene Fledermäuse ausfliegen aber nicht mehr einfliegen können.

2. Anbringen von Nistkästen:

Im Plangebiet und in der Umgebung sind an Gebäuden Nistkästen und Einbauquartiere für Fledermäuse anzubringen.

3. Vermeidung von Vogelschlag an Glasscheiben

Es wird auf die Homepage von „Vogel und Glas“ der Schweizerischen Vogelwarte verwiesen mit Informationen zu Maßnahmen zur Vermeidung von Vogelschlag an Glasscheiben.

4. Dachbegrünung

Bei Gebäuden mit Flachdächern ist auch eine Dachbegrünung zur Schaffung von neuem Lebensraum für verschiedene Artengruppen (v. a. Insekten) gut umsetzbar.

5. Förderung heimischer Arten

Als Ausgleich sollte eine Außenhecke um das gesamte Areal angelegt werden, die für heimische Vogelarten als Brut-, Schutz- und Nahrungshabitat dienen könnte.

Die Potenzialstudie kommt zu dem Ergebnis, dass im Plangebiet Arten, deren Lebensraum theoretisch durch das Bauvorhaben gefährdet werden könnte, sich nicht nachweisen ließen. Einige der gefährdeten und alle weiteren potenziell vorkommenden Brutvogelarten legen jedoch jährlich Nester an und finden im Umfeld ausreichend Alternativen. Der Schulgarten ist von seiner Struktur her für den Artenschutz von sehr wichtiger Bedeutung und wird als essenziell eingestuft. Dort sind Habitatstrukturen für Fledermäuse, Vögel, Amphibien, Reptilien sowie Insekten zu finden.

Bei Einhaltung der Vermeidungsmaßnahmen aus den Handlungsempfehlungen kommt die Artenschutzprüfung zu dem Ergebnis, dass keine Verbotstatbestände gemäß § 44 BNatSchG durch die Planung für die diese Arten ausgelöst werden.

Die durchzuführenden Vermeidungsmaßnahmen werden im Bebauungsplan weitestgehend berücksichtigt, so dass dem Artenschutz ausreichend Rechnung getragen wird.

4.2.3 Baumbestand

Es ist möglich, dass im Plangebiet Baumbestand zugunsten künftiger baulicher Maßnahmen entfernt werden muss. Aus diesem Grund wurden bis auf die Gehölzflächen im nördlichen und östlichen Plangebiet keine Erhaltungsfestsetzungen für Baumbestand vorgenommen. Sofern Baumbestand entfernt werden muss, sind geschützte Laubbäume entsprechend der Papenburger Baumschutzsatzung zu ersetzen. Zu diesem Zweck wird der Hinweis in den Bebauungsplan aufgenommen, dass im Geltungsbereich der Bebauungsplanänderung die Papenburger Baumschutzsatzung anzuwenden ist.

4.3 Erschließung, Ver- und Entsorgung

4.3.1 Verkehrserschließung

Das Plangebiet wird, wie bisher, über den Spillmannsweg und fuß- und radläufig über die Straße „Umländerwiek“ erschlossen. Damit ist das Plangebiet an den örtlichen und überörtlichen Verkehr angebunden.

4.3.2 Wasserwirtschaftliche Erschließung

a) Wasserversorgung

Die Versorgung des Plangebietes mit Trinkwasser in ausreichender Qualität kann durch den Wasserverband Hümmeling mit Sitz in Werlte gewährleistet werden.

b) Abwasserbeseitigung

Das Plangebiet ist bereits an die zentrale Abwasserbeseitigung angeschlossen. Eine ordnungsgemäße Schmutzwasserbeseitigung ist damit gewährleistet.

c) Oberflächenentwässerung

Bei der Oberflächenentwässerung sollen Auswirkungen der geplanten Flächenversiegelung auf den Grundwasserstand möglichst gering gehalten sowie eine Verschärfung der Abflusssituation vermieden werden.

Das im Plangebiet zusätzlich anfallende Oberflächenwasser ist, sofern es nicht als Brauchwasser genutzt wird oder entsprechend den wasserrechtlichen Bestimmungen der Schmutzwasserkanalisation zuzuführen ist, oberflächlich auf den jeweiligen Grundstücken zu versickern. Wenn aufgrund der Bodenverhältnisse eine Versickerung nicht möglich ist, ist das Oberflächenwasser durch geeignete technische Maßnahmen auf dem Grundstück zurückzuhalten und entsprechend dem natürlichen Abfluss gedrosselt der örtlichen Vorflut zuzulei-

ten. Die entsprechenden Erlaubnisanträge sind bei der unteren Wasserbehörde des Landkreises Emsland zu stellen.

d) Brandschutz

Die für das Plangebiet erforderlichen Einrichtungen des Brandschutzes werden nach den einschlägigen technischen Regeln (Arbeitsblatt W 405 des DVGW) und in Absprache mit der örtlichen Feuerwehr erstellt.

4.3.3 Energieversorgung

Die Versorgung des Plangebietes mit der notwendigen Energie ist bereits sichergestellt.

4.3.4 Abfallbeseitigung

Die Entsorgung der im Plangebiet anfallenden Abfälle erfolgt entsprechend den abfallrechtlichen Bestimmungen sowie der jeweils gültigen Satzungen zur Abfallentsorgung des Landkreises Emsland, der Träger der öffentlichen Abfallentsorgung ist. Die Beseitigung der festen Abfallstoffe ist damit gewährleistet.

Eventuell anfallender Sonderabfall ist einer den gesetzlichen Vorschriften entsprechenden Entsorgung zuzuführen.

4.3.5 Telekommunikation

Die Versorgung mit Telekommunikationsanlagen kann durch die Deutsche Telekom Technik GmbH erfolgen.

5 Städtebauliche Daten

| Art der Nutzung | Fläche in qm | Fläche in % |
|---|---------------------|--------------------|
| Gemeinbedarfsfläche „Schule“ | 13.070 qm | 34,36 |
| Gemeinbedarfsfläche „Sportanlage“ | 18.512 qm | 48,67 |
| Private Grünfläche „Siedlungsgehölz“ | 4.569 qm | 12,01 |
| Private Verkehrsfläche „Stellplatzfläche“ | 1.887 qm | 4,96 |
| Plangebiet | 38.038 qm | 100 |

6 Verfahren

a) Aufstellungsbeschluss

Der Verwaltungsausschuss der Stadt Papenburg hat am 14.12.2023 die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 49, 5. Änderung gemäß § 13 a BauGB mit örtlicher Bauvorschrift beschlossen.

b) Veröffentlichung und öffentliche Auslegung

Der Entwurf der Bebauungsplanänderung wurde zusammen mit der dazugehörigen Begründung vom 27.12.2023 bis 29.01.2024 im Internet veröffentlicht und zusätzlich öffentlich im Rathaus der Stadt Papenburg ausgelegt.

Die Dauer der Veröffentlichungsfrist wurde vorher mit dem Hinweis bekannt gemacht, dass Stellungnahmen während dieser Veröffentlichung abgegeben werden können.

c) Satzungsbeschluss

Die vorliegende Fassung war Grundlage des Satzungsbeschlusses vom 07.03.2024.

Papenburg, den 08.03.2024

gez. Gattung L.S.

Anlagen

Anlage 1: Artenschutzrechtliche Potenzialabschätzung

Anlage 2.1: Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB

Anlage 2.2: Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 2 BauGB

Anlage 1

Artenschutzkontrolle Dreessen, Schledebrückstr. 199, 33334 Gütersloh

Datum: 20.10.2023

Stadt Papenburg
FB Planen/Umwelt
Frau Christina Engbers
Hauptkanal rechts 68 - 69
26871 Papenburg

Artenschutzrechtliche Potenzialanalyse gemäß § 44 BNatSchG

Objekt

B- Plan Änderung Papenburg
Michaelisschule/Spillmannsweg
26871 Papenburg

Auftraggeber des Gutachtens

Stadt Papenburg
Frau Christina Engbers
Dechant-Schütte-Straße 22
26871 Papenburg

Ortsbesichtigung

Die Ortsbesichtigung fand am 29.09.2023 statt. Während diesen Ortstermins wurde das Gelände auf geschützte Tierarten und potenzielle Habitatstrukturen hin untersucht. Als Hilfsmittel dienten eine Leiter, Fernglas und ein Scheinwerfer.

Anwesend waren

Herr Michael Dreessen - Fachgutachter für Artenschutz

Inhaltsverzeichnis

1. Anlass und Aufgabenstellung
 - 1.1 Bestandserhebung
2. Situationsbeschreibung
3. Rechtliche Grundlagen
4. Artenschutzrechtliche Vorprüfung
5. Wirkfaktoren
6. Vorprüfung des potentiellen Artenspektrums
7. Abschätzung von Vorkommen und Betroffenheit
8. Auswertung
9. Handlungsempfehlungen
10. Fazit
11. Schlussbemerkungen
12. Quellen und Literaturverzeichnis

1. Anlass und Vorhabensbeschreibung

Die Stadt Papenburg plant eine B-Planänderung im Bereich Michaelisschule/Spillmannsweg. Das Plangebiet liegt im Papenburger Osten und unterliegt verschiedensten Nutzungen.

Im Rahmen des Bauleitverfahrens sind Aussagen zu möglichen Beeinträchtigungen europarechtlich geschützter Tierarten sowie ihrer Fortpflanzungs- und Ruhestätten notwendig. Ziel des Bebauungsplans ist, die bauplanungsrechtlichen Voraussetzungen für die geänderte Nutzung und das beabsichtigte Bauvorhaben zu schaffen.

Für Planungen und Vorhaben sind die Vorschriften für besonders und streng geschützte Tier- und Pflanzenarten gemäß § 44 BNatSchG zu beachten und zu prüfen. Aufgrund des § 44 BNatSchG sind im Rahmen der Bauleitplanung Ausführungen zu artenschutzrechtlichen Belangen vorgeschrieben.

Zur Einschätzung der artenschutzrechtlichen Relevanz wird das Plangebiet in einem ersten Schritt einer Relevanzprüfung unterzogen. Auf Grundlage einer Übersichtsbegehung, bei der die Habitatpotentiale im Plangebiet ermittelt werden, sowie einer Datenrecherche, wird eine erste Einschätzung hinsichtlich eines möglichen Vorkommens streng geschützte Arten vorgenommen.

Der Auftrag, der für die zur Baufeldbereitung benötigten Artenschutzprüfung (Potenzialanalyse), wurde der Firma Artenschutzkontrolle Dreessen erteilt. Das vorliegende Gutachten beschäftigt sich mit der Thematik.

1.1 Bestandserhebung

Ergänzend zu den Rechercheergebnissen wurde am 29.09.2023 eine Ortsbegehung durchgeführt, um festzustellen inwiefern die heimische Fauna von den Baumaßnahmen beeinträchtigt wird. Im Rahmen dieser Begehung wurde das Gelände auf geschützte Arten hin untersucht. Der Fokus der Begehung lag dabei auf Sichtbeobachtungen und der Feststellung von sonstigen Spuren, die Hinweise auf das Vorkommen von planungsrelevanten Tierarten liefern. Derzeit wird das Gelände im normalen Schulbetrieb genutzt.

2. Situationsbeschreibung

Bei einer Ortsbegehung am 29.09.2023 wurde das Plangebiet auf seine Eignung als Lebensraum für diverse Artengruppen untersucht. Das Plangebiet wird im Süden durch den Spillmannsweg begrenzt. Im Westen befindet sich das Gelände der Schule. Im Norden und Osten sind Waldartige Strukturen und Grünflächen vorhanden in dem sich auch Gewässer befinden. Mittig im Plangebiet befindet sich der Sportplatz der Schule.



3. Rechtliche Grundlagen

Den Schutz von Tier- und Pflanzenarten, die in ihrem jeweiligen Bestand durch Eingriffe in Natur und Landschaft abnehmen und/oder beeinträchtigt werden können, regeln auf europäischer Ebene die FFH-Richtlinie (FFH-RL) und die Vogelschutzrichtlinie (VS-RL). Für die Bundesrepublik Deutschland ist der Artenschutz im Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG) verankert. Der Durchführung der Artenschutzprüfung (ASP), hier im Rahmen der Bauleitplanungen und baurechtlichen Zulassung von Vorhaben, liegen die §§ 44 und 45 zu Grunde.

Auf Länderebene, hier Niedersachsen, gelten die Regelungen des BNatSchG unmittelbar und die Belange werden über das Landesnaturschutzgesetz (LNatSchG) im Einzelnen umgesetzt.

Die Entwicklung und Realisierung des hier geplanten Vorhabens ist verbunden mit Eingriffen in Natur und Landschaft nach §§ 14; 15 BNatSchG, bei denen ggf. gesetzlich geschützte, planungsrelevante Arten in ihrem Lebensraum betroffen sein können. Planungsrelevante Arten sind eine naturschutzfachlich vom LANUV begründete Auswahl von Arten, die, soweit sie in Verbindung mit einem Vorhaben gefährdet sein können, in einer Prüfung Art- für -Art - unterzogen werden sollen. Zu prüfen ist dabei, inwiefern die Art betroffen ist (Anzahl Brutpaare, Wirkfaktoren) und ob sich das Eintreten artenschutzrechtlicher Konflikte durch geeignete Vermeidungs- und Ausgleichsmaßnahmen verhindern lässt.

Nach nationalem und internationalem Recht werden im Wesentlichen folgende Schutzkategorien unterschieden:

Besonders geschützte Arten: Anhang B der Europäischen Artenschutzverordnung, Anhang 1 Spalte 2 BArtSchV und alle europäischen Vogelarten

Streng geschützte Arten: Anhang IV der FFH-Richtlinie, Anhang A der Europäischen Artenschutzverordnung; Anlage 1, Spalte 3 der BArtSchV)

Mit der Stellungnahme zum Artenschutz (Prüfungsstufe 1) ist darzustellen, ob planungsrelevante Arten im Plangebiet und seinem Umfeld vorkommen, direkt durch den Eingriff betroffen sind oder sein können, und ob die Verbotstatbestände Nr. 1 bis 4, § 44 Abs. 1 BNatSchG von dem Vorhaben mit der künftigen Bebauung direkt berührt werden können.

Verbot Nr. 1: Wild lebende Tiere, hier der besonders geschützten Arten, dürfen nicht gefangen, verletzt oder getötet werden. Dies gilt auch für die arteigenen Entwicklungsformen.

Verbot Nr. 2:

Wild lebende Tiere, hier der streng geschützten Arten und der europäischen Vogelarten, dürfen während der Fortpflanzungs-, Aufzucht-, Mauser-, Überwinterungs- und Wanderungszeiten nicht erheblich gestört werden, so das sich dadurch der Erhaltungszustand der lokalen Population verschlechtert.

Verbot Nr. 3:

Es ist nicht erlaubt, Fortpflanzungs- oder Ruhestätten wildlebender Tiere, hier der besonders geschützten Arten, aus der Natur zu entnehmen, zu beschädigen oder zu zerstören.

Verbot Nr. 4:

Es nicht erlaubt wildlebende Pflanzen, hier der besonders geschützten Arten, oder ihre Entwicklungsformen aus der Natur zu entnehmen, sie selbst oder ihre Standorte zu schädigen oder zu zerstören.

Unvermeidbare Beeinträchtigungen

Soweit ein Vorhaben nach BauGB und LatSchG genehmigungsfähig und als zulässig gelten kann, aber dennoch mit unvermeidbaren Beeinträchtigungen für planungsrelevante Tier- und Pflanzenarten verbunden sein sollte, gilt es heraus zu stellen, ob die ökologischen Funktionen der von dem Eingriff bzw. Vorhaben betroffenen Fortpflanzungs- und Ruhestätten im räumlichen Zusammenhang weiterhin erfüllt werden (Sonderregelung im Sinne des § 44 Abs. 5 BNatSchG).

Zur Erhaltung der ökologischen Funktion sind vorgezogene Ausgleichsmaßnahmen (CEF Maßnahmen; CEF = continuous ecological functionality) durchzuführen bzw. bedarf es einer Ausnahmegenehmigung nach § 45 Abs. 7 BNatSchG:

Die für Naturschutz und Landschaftspflege zuständigen Behörden sowie im Fall des Verbringens aus dem Ausland das Bundesamt für Naturschutz können von den Verboten des § 44, BNatSchG im Einzelfall weitere Ausnahmen zulassen

1. zur Abwendung erheblicher land-, forst-, fischerei-, wasser- oder sonstiger erheblicher wirtschaftlicher Schäden,
2. zum Schutz der natürlich vorkommenden Tier- und Pflanzenwelt.
3. für Zwecke der Forschung, Lehre, Bildung oder Wiederansiedlung oder diesen Zwecken dienende Maßnahmen der Aufzucht oder künstlichen Vermehrung,
4. im Interesse der Gesundheit des Menschen, der öffentlichen Sicherheit, einschließlich der Verteidigung und des Schutzes der Zivilbevölkerung, oder der maßgeblich günstigen Auswirkungen auf die Umwelt oder
5. aus anderen zwingenden Gründen des überwiegenden öffentlichen Interesses einschließlich solcher sozialer oder wirtschaftlicher Art.

Eine Ausnahme darf nur zugelassen werden, wenn zumutbare Alternativen nicht gegeben sind und sich der Erhaltungszustand der Populationen einer Art nicht verschlechtert, soweit nicht Artikel 16 Absatz 1 der Richtlinie 92/43/EWG weiter gehende Anforderungen enthält.

Eine Ausnahme von den artenschutzrechtlichen Bestimmungen ist damit an sehr enge Vorgaben gebunden und kann für die deutliche Mehrzahl der Vorhaben und Projekte nicht erlangt werden. Für die Bauleitplanung sind Ausnahmen nicht vorgesehen. Einem Antrag auf eine Befreiung nach § 67 (2) BNatSchG kann nur dann stattgegeben werden, „wenn die Durchführung der Vorschriften im Einzelfall zu einer unzumutbaren Belastung führen würde“.

Im B-Plan / VEP ist der Hinweis aufzunehmen, dass bei späteren Genehmigungen für den Fall, dass planungsrelevante Arten vorkommen bzw. sich eingestellt haben, eine Ausnahme nach § 45 Abs. 7 BNatSchG zu beantragen sein kann. Dies gilt z. B. dann, wenn über einen längeren Zeitraum die Flächen des Plangebietes nicht bebaut werden oder Rohbauten verbleiben.

Einem Antrag auf eine Befreiung nach § 67 (2) BNatSchG kann nur dann stattgegeben werden, „wenn die Durchführung der Vorschriften im Einzelfall zu einer unzumutbaren Belastung führen würde. Im B- Plan / VEP ist der Hinweis aufzunehmen, dass bei späteren Genehmigungen für den Fall, dass planungsrelevante Arten vorkommen bzw. sich eingestellt haben, eine Ausnahme nach § 45 Abs. 7 BNatSchG zu beantragen sein kann. Dies gilt z. B. dann, wenn über einen längeren Zeitraum die Flächen des Plangebietes nicht bebaut werden oder Rohbauten verbleiben Im Sinne des Bundesnaturschutzgesetzes gelten die Tierarten der beiden Schutzkategorien gesetzlich geschützt sowie auch alle weiteren Tiere als schützenswert. Entsprechend dem Schutzstatus gilt es Konflikte mit den Verbotstatbeständen strikt zu vermeiden und die sonstigen Arten mit Achtsamkeit zu betrachten.

Artenschutzrechtliche Vorprüfung

Datum: 30.09.2023

Objekt: Erweiterung Michaelisschule , Spillmannsweg/Splitting links/Umländerweg rechts, 26871 Papenburg

Angaben zum Flurstück

Folgende Situation ist auf dem Grundstück vorhanden:

- ☒ Vegetation
- ☒ Gewässer (auch zeitweise trocken fallend)
- ☒ Brachfläche (nicht regelmäßig genutzte Grundstücksbereiche)
- ☐ Gebäude
- ☐ Schuppen,Lauben

Folgende wild lebende Tiere sind auf dem Grundstück bekannt:

- | | | | | |
|--|---|---|-------------------------------|--|
| <input checked="" type="checkbox"/> Ja | <input type="checkbox"/> Möglich | <input type="checkbox"/> Unwahrscheinlich | <input type="checkbox"/> Nein | Vögel |
| <input checked="" type="checkbox"/> Ja | <input type="checkbox"/> Möglich | <input type="checkbox"/> Unwahrscheinlich | <input type="checkbox"/> Nein | Fledermäuse |
| <input type="checkbox"/> Ja | <input checked="" type="checkbox"/> Möglich | <input type="checkbox"/> Unwahrscheinlich | <input type="checkbox"/> Nein | Amphibien (z.B. Frösche, Kröten oder Molche) |
| <input type="checkbox"/> Ja | <input checked="" type="checkbox"/> Möglich | <input type="checkbox"/> Unwahrscheinlich | <input type="checkbox"/> Nein | Reptilien (z.B. Eidechsen) |

Veränderungen auf dem Grundstück

- ☐ Mehr als 10% der Gehölze des Grundstücks werden/wurden gerodet
- ☐ Sträucher (Hecken,Gebüsch) werden innerhalb des Schutzzeitraums (01.03 bis 30.09) - gerodet/beseitigt
- ☐ Sträucher (Hecken,Gebüsch) werden innerhalb des Schutzzeitraums (01.03 bis 30.09) - zurückgeschnitten
- ☒ Bäume und Sträucher werden beseitigt
- ☒ Baum mit Höhle (Astloch, Spechthöhle etc.) wird beseitigt
- ☒ Brachfläche wird beseitigt
- ☐ Brachfläche wird vorübergehend in Anspruch genommen
- ☐ Gewässer (Teich, Graben, Bach, Quelle) wird beseitigt
- ☒ Vorhandenes Vogelnest/Horst wird beseitigt
- ☒ Vorhandenes Fledermausquartier wird beseitigt
- ☒ Sonstige Lebensstätten werden beseitigt (z.B. Nistkasten, Totholz)

Angaben zum Gebäude:

- ☐ Leerstand
- ☐ Einfamilienhaus
- ☐ Mehrfamilienhaus
- ☐ Hofstelle
- ☐ Bauwerk
- ☐ größeres privates oder öffentliches Gebäude
- ☐ Industrie/Wirtschaftsgebäude
- ☐ Schuppen/Lauben
- ☐ Ständige Öffnungen im Mauerwerk
- ☐ Ständig offene Fenster oder Keller
- ☐ Ständige Öffnungen im Dach/Giebel
- ☐ Gehölze oder Fassadenbegrünung die im Zuge des Abriss/Neubau/Umbau entfernt werden müssen

Text zum Gebäude:

geplante Maßnahmen an bestehenden Gebäuden

- ☐ Gebäude oder Schuppen wird neu gebaut
- ☐ Gebäude/-teil oder Schuppen wird aus-/anget, aufgestockt
- ☐ Gebäude/-teil oder Schuppen wird abgerissen
- ☐ Gebäude/-Teil wurde in den letzten 3 Jahren nicht regelmäßig genutzt
- ☐ Dachausbau/-erneuerung bei nicht ausgebautem Dachboden
- ☐ Dachüberstand von mehr als 20 cm wird verändert
- ☐ Vogelnest/Nistplätze werden beseitigt (z.B. Schwalben. Mauersegler. Eulen)
- ☐ Verschalung wird beseitigt (z.B. Verkleidung von Außenwänden)
- ☐ Zugangsmöglichkeiten vorhanden (z.B. fehlende oder zerbrochene Fensterscheiben/ Türen/ Dachpfannen,

Vermeidungsmassnahmen:

- ☐ Ersatzgewässer wird vorzeitig angelegt.
- ☒ Künstliche Nisthilfen werden für entfallende Baumhöhlen/Nistplätze an vergleichbaren Standorten in unmittelbarer Nachbarschaft vorzeitig bereitgestellt.
- ☐ Sonstiges:

5. Wirkfaktoren:

Die potenziellen Betroffenheiten von Arten können sich primär aus der mit dem Vorhaben einhergehenden Überbauung von Freiflächen, der Entfernung von Gehölzen und krautiger Vegetation sowie dem daraus resultierenden Verlust von Lebensraumstrukturen ergeben. Im Zuge der Baumaßnahmen kann es zu temporären akustischen und optischen Störungen von Tierarten kommen (Baustellenlärm, Bewegung der Baumaschinen).

5.1 Vorprüfung der Wirkfaktoren:

Baubedingte Wirkfaktoren:

- Flächeninanspruchnahme durch Rückbau/Abriss
- Störungen durch Lärm, Licht, Staub
- Verlust von Habitatfunktionen

Anlagenbedingte Wirkfaktoren:

- Flächeninanspruchnahme
- Dauerhafter Verlust von Habitatfunktionen
- Veränderung der Lichtverhältnisse

Wohn- und Betriebsbedingte Wirkfaktoren:

- erhöhter Personenverkehr
- erhöhtes Lichtaufkommen
- erhöhtes Lärmaufkommen

Baubedingte Wirkfaktoren

Baubedingte Wirkfaktoren sind Wirkungen, die im Zusammenhang mit den Bauarbeiten auftreten können. Sie sind auf die Zeiten der Baumaßnahme beschränkt. Bei dem Vorhaben kommt es zu Materialablagerungen und Fundamente werden in Anspruch genommen, eine zusätzliche Bodenverdichtung ist die Folge. Während der Bauzeit kommt es zu erhöhten Lärmbelastungen, die sich negativ auf störungsempfindliche Tierarten auswirken können.

Es ist damit zu rechnen, dass wenn Baustellenmaschinen betankt oder gewartet werden, es durch Schmiermittel und Betriebsstoffen zu Schadstoffeinträgen in den Boden kommt.

Durch Erschütterungen bei Bauarbeiten sind Auswirkungen auf die Biotopqualitäten, die über die Auswirkungen von Lärm hinausgehen, zu erwarten. Mit baubedingten Störungen durch Licht ist zu rechnen. Zu dem kommt es während der Bautätigkeit zu visuellen Störungen des Landschaftsbildes.

Potentielle Auswirkungen

- (Temporäre) Störungen während der Fortpflanzungs-, Aufzucht-, Mauser-, Überwinterungs und Wanderungszeiten
- Beunruhigung / Vertreibung planungsrelevanter Arten, Aufgabe / Verlust von Fortpflanzungs- und Ruhestätten, Aufgabe / Verlust von Mauser-, Überwinterungs und Wandergebieten

- (Temporärer) Verlust ökologischer Funktionen im räumlichen Zusammenhang

Anlagenbedingte Wirkfaktoren

Anlagebedingt erfolgt durch die Realisierung des Bauvorhabens ein dauerhafter Entzug von Flächen mit potenzieller Funktion als Lebensstätte von Arten. Die Bebauung ist mit einer Veränderung der Struktur und Änderung der Nutzung verbunden. Desweiteren kommt es durch die Bebauung zu einer anlagebedingten Veränderung der bisherigen Raumstruktur. Bei großen Glasflächen kann sich das Tötungs- oder Verletzungsrisiko für Vögel durch Kollision anlagebedingt erhöhen.

Wohn- und Betriebsbedingte Wirkfaktoren

Relevante Änderungen hinsichtlich betriebsbedingter Wirkprozesse durch Verkehr, Wohn- und Gewerbenutzung sind zu erwarten. Mit dem angestrebten Planungsvorhaben wird eine Intensivierung von Nutzungsstrukturen verbunden sein. Es wird in Folge zu einem erhöhtem Personenverkehr, Lärmbelastung und Lichteinfluss kommen.

6. Vorprüfung des potentiellen Artenspektrums

Habitatpotenzialanalyse

Aufgrund der Größe des Plangebiets wurde es in 6 Bereiche aufgeteilt, um die Strukturen besser zu verdeutlichen. Die Nummerierung der Bereiche ist auf dem Foto unten ersichtlich.

Bereich 1 - Parkplatz Spillmannsweg

Bereich 2 - kleine Freifläche

Bereich 3 - Schulhof

Bereich 4 - Schulgarten

Bereich 5 - große Freifläche

Bereich 6 - Sportplatz

Anhand der Habitatstrukturen im Plangebiet wurde eine Habitatpotenzialanalyse unter Berücksichtigung der Ergebnisse der faunistischen Übersichtsbegehung durchgeführt. Dabei wurde nach Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG) geschützte Arten (in Verbindung mit europarechtlich geschützten Arten) betrachtet.

Im Folgenden werden die erfassten Habitatstrukturen kurz beschrieben. In einem weiteren Schritt erfolgt eine Beurteilung inwieweit diese Biotope artenschutzrechtlich relevanten Arten als potentielle Lebensräume dienen können.

Das Plangebiet ist durch die vorhandene Struktur anthropogen geprägt. Es handelt sich um das Außengelände der Schule mit einem Sportplatz, Parkplatz, Schulgarten und Freiflächen.

Der Baumbestand auf dem Plangebiet umfasst mehrere Laubbäume, Nadelbäume und Sträucher. Diese sind vereinzelt und in verschiedenen Gehölzstreifen und Baumbeständen gepflanzt. Einen prägenden Baum gibt es im Plangebiet nicht.

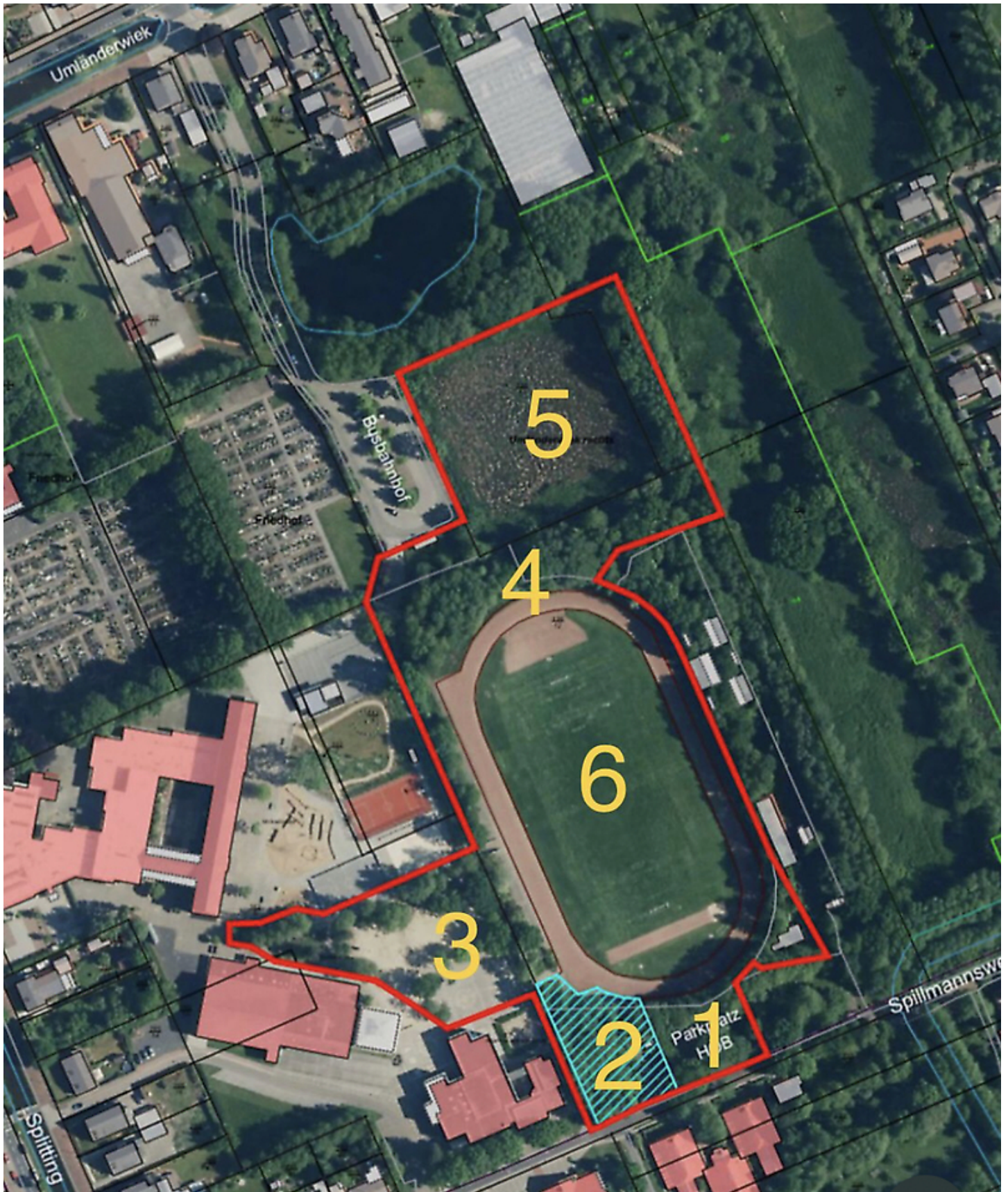
An der im Plangebiet vorhandenen Vegetation konnten mehrere Quartierstrukturen für Fledermäuse, Vögel, Amphibien, Reptilien und Insekten festgestellt werden.

Aufgrund der Habitatstrukturen ist ein Vorkommen geschützter und gefährdeter Fledermaus und Brutvogelarten nicht auszuschließen.

Folgende Gehölze sind Großbäume sind im Plangebiet vorhanden:

Eiche, Weide, Feldahorn, Bergahorn, Hainbuche, Rotbuche, Birke, Erle, Kastanie, Vogelkirsche, Pappel, Kiefer, Lerche, Fichte

Die Bäume befinden sich zum größten Teil in der Reife- und Alterungsphase.



7. Abschätzung von Vorkommen und Betroffenheit

Von potenziell artenschutzrechtlicher Relevanz sind in erster Linie der Schulgarten (B.4) und der Parkplatz (B.1) am Spillmannsweg betroffen. In dem Schulgarten und der Umgebung sind Stillgewässer und Habitatstrukturen für Fledermäuse, Vögel, Amphibien und Reptilien vorhanden. Auf dem Gelände des Parkplatzes wurden Habitatstrukturen für Fledermäuse und Vogelarten festgestellt. Sekundär sind die beiden Wiesen (B.2,5) betroffen, die eine potenzielle Betroffenheit für Insekten und Bodenbrütende Vogelarten darstellt, wobei der Bereich 2 sehr kleinräumig ist. Auf dem Schulhof (B.3) stehen die Bäume vereinzelt in Reihen. Diese dienen als Leitfunktion für Fledermäuse und Vögel. Habitatstrukturen (Höhlung) wurden an einer Kirsche gefunden.

Der Bereich des Sportplatzes (B.6) ist ein potenzielles Jagd- und Nahrungshabitat.

Vögel

Bei der Begehung konnten keine planungsrelevanten Vogelarten nachgewiesen werden. Die Gehölze im Plangebiet - v.a. diejenigen im Schulgarten und am Parkplatz Spillmannsweg haben eine hohe potentielle Eignung als Nistplatz für Baum- und Gebüschbrütende Vogelarten. Asthöhlen und mehrjährig genutzte Horste sind mehrfach vorhanden.

Am Sportplatz entlang ist ein Gehölzstreifen mit einzelnen Bäumen und Büschen angepflanzt. Diese eignen sich ebenfalls für Gebüschbrüter. Da eine Rodung zumindest eines Teils unumgänglich sein wird, werden potentielle Bruthabitate zerstört.

Die Freiflächen im Plangebiet (Bereiche 2,5) sind für bodenbrütende Vogelarten nur bedingt geeignet. Die hier v.a. in Betracht zu ziehende Feldlerche ist relativ empfindlich gegenüber vertikalen Strukturen - hier v.a. die Gehölzbestände - im näheren Umfeld und meidet diese Bereiche dann bei der Nistplatzsuche.

Die Freifläche am Spillmannsweg ist sehr kleinräumig, so dass diese von Bodenbrütern wahrscheinlich nicht angenommen wird.

Fledermäuse

Auf dem Plangebiet gibt es mehrere Quartierstrukturen für Fledermäuse (z.B. Höhlenbäume, Bäume mit Risse und Spalten). Der große Bereich des Sportplatzes ist ein potentielles Jagdhabitat.

Die potentiell im Plangebiet und dem Umfeld vorkommenden Fledermausarten sind an anthropogene Störungen gewöhnt. Bauarbeiten finden in der Regel außerhalb der Aktivitätszeit von Fledermäusen statt.

Von einer Gefährdung der lokalen Populationen der potentiell vorkommenden Arten ist nicht auszugehen.

Amphibien

Gewässer, die von Amphibien bewohnt werden könnten, sind im Plangebiet im Bereich des Schulgartens vorhanden. Es handelt sich beides um Stillgewässer, welche ggf. als Laichgewässer genutzt werden. Wandernde Amphibienarten könnten potenziell durch die Baumaßnahme ebenfalls betroffen sein.

Reptilien

Im Schulgarten sind Quartierstrukturen für Reptilien vorhanden. Es wurden dort Natursteine und Holzstapel aufgeschichtet.

Reptilien lieben trockenwarme Standorte mit heterogenen Strukturen zur Thermoregulation, Eiablage und Jagd. Die Habitatausstattung des Plangebietes ist für Reptilien ebenfalls geeignet, aber auf den Bereich des Schulgartens beschränkt.

Käfer

Es gibt im Plangebiet mehrere Bäume mit Totholz und Faulhöhlen, welche mit artenschutzrelevanten Holz- bzw. Totholzkäferarten besiedelt sein könnten.

Libellen

Da im Untersuchungsgebiet selbst Stillgewässer vorhanden sind, könnte es als Larval-Habitat für Libellenarten dienen.

Schmetterlinge, Heuschrecken, Wildbienen

Auf den beiden Freiflächen sind Gräser und Wildblumen vorhanden. Das Plangebiet ist daher für artenschutzrelevante Schmetterlinge, Heuschrecken und Wildbienen als Lebensraum geeignet.

Eine potenzielle Beeinträchtigung dieser Arten ist durch das Bauvorhaben gegeben.

8. Auswertung

Das Untersuchungsgebiet lässt aufgrund der vorhandenen Ausstattung an Lebensräumen ein vielfaches Spektrum an Arten erwarten. Als wichtigste Habitatstruktur ist der Schulgarten (Bereich 4) und der Parkplatz am Spillmannsweg (Bereich 1) zu betrachten.

Die vorhandene Vegetation bietet viele Brutmöglichkeiten für Vögel und Quartierstrukturen für Fledermäuse. Im Schulgarten selbst ist durch die geschaffenen Gewässer Lebensraum für Amphibien entstanden.

Durch den Wall mit Natursteinen und den Holzstapeln ist ebenfalls ein Habitat für Reptilien erschaffen worden.

Falls der Schulgarten unmittelbar durch die geplante Bebauung beeinträchtigt werden könnte (Störungen durch Licht, angrenzende Gebäude, erhöhter Personenverkehr) so ist eine Kartierung aller Arten erforderlich. Bei der hier vorliegenden Lebensraumausstattung können u.a. auch planungsrelevante Vogelarten vorkommen. Falls planungsrelevante Vogelarten nachgewiesen werden muss ein Lebensraumausgleich vorgenommen werden, der noch vor dem Eingriff wirksam ist.

Die beiden Freiflächen (Bereiche 2,5) sind Lebensraum für eine Vielzahl von Insekten. Diese sind aber nicht als essenziell anzusehen, da es im Umfeld genügend anderer Flächen gibt.

Der Sportplatz (Bereich 6) selbst ist ein potentiell Jagd- und Nahrungshabitat, was allerdings als geringfügig anzusehen ist.

Die Gehölze (Bereich 3) auf dem Schulhof sind meist in Reihen gepflanzt und dienen als Leitfunktion. An einem Baum (*Prunus avium*, Vogelkirsche) konnte eine Höhlung festgestellt werden. Der Schulhof, die kleine Freifläche am Spillmannsweg und der Sportplatz sind für den Artenschutz von geringfügiger Bedeutung.

Falls nur wenige, einzelne Bäume auf dem Gelände entnommen werden und der Lebensraum Schulgarten als Ganzes erhalten bleibt, könnte man das Vorhaben ggf. ohne Kartierung + nur durch umfassende Vermeidungs- und Ausgleichsmaßnahmen machen.

Es sind bezüglich des Artenschutzes bei Einhaltung der Handlungsempfehlungen keine spezifischen Ausgleichsmaßnahmen erforderlich.

9. Handlungsempfehlungen

Zur Förderung des Lebensraumangebots für die im Umfeld auftretenden Arten können im Rahmen des Bauleitplanverfahrens bzw. im Rahmen der konkreten Planungen durch die Bauherren einige Maßnahmen durchgeführt werden, für die folgende Empfehlungen gegeben werden:

- Schonzeiten einhalten

Da im Zuge der Baumaßnahmen Gehölze gerodet oder entfernt werden müssen, sind diese vorher auf Vogelnester und Fledermausbesatz hin zu untersuchen. Falls Bäume mit potentiellen Quartierstrukturen (Höhlungen, Spalten, Risse) für Fledermäuse und Vögel gefällt werden müssen, sind die Höhlungen und Risse 5-6 Tage vor der Fällung zu verschließen. Dies geschieht mit einem ca. 5-6 cm dickem Plastikrohr mit Biegung nach unten (Fotodokumentation), so dass vorhandene Fledermäuse ausfliegen aber aufgrund der glatten Struktur des Rohres nicht mehr hineinfliegen können (One Way Ticket). Das Rohr wird mit Montageschaum angebracht. Ansonsten ist das Roden oder Entfernen von Gehölzen in der Zeit vom 1. März bis 30. September zum Schutz der Natur laut Gesetzgeber verboten (§64 LG NW, Schonzeit für Vögel).

- Es wäre wünschenswert bei dem Neubau der Gebäude auch Raum für gebäudebrütende bzw. nutzende Tierarten zu schaffen. Durch die Schaffung von Nischen oder das Aufhängen von Nistkästen können Arten auf sehr einfache Weise einen (Teil-) Lebensraum finden. Auch sog. Einbauquartiere für Fledermäuse sind sinnvoll (Schwegler Vogel- und Naturschutzprodukte GmbH 2014).

- Auf der Homepage von „Vögel und Glas“ der Schweizerischen Vogelwarte Sempach und der Wiener Umweltschutzgesellschaft gibt es Informationen zur Vermeidung von Vogelschlag an Glasscheiben.

- Beim Bau von Gebäuden mit Flachdächern ist auch eine Dachbegrünung zur Schaffung von neuem Lebensraum für verschiedene Artengruppen (v.a. Insekten) gut umsetzbar. Neben der Schaffung von neuem Lebensraum gibt es weitere Vorteile: „Grüne Dächer speichern Regenwasser - bis zu 80% - und verdunsten es langsam wieder. Das entlastet die Kläranlagen und sorgt für ein ausgeglicheneres Klima. Sie produzieren Sauerstoff, filtern verschmutzte Luft, absorbieren Strahlung und verbessern dadurch insgesamt

das Klima. Sie wirken temperatenausgleichend durch Wärmedämmung, dämpfen Lärm und schützen das Dach vor Witterungseinflüssen und mechanischem Verschleiß.

- Förderung heimischer Vogelarten

Als Ausgleich sollte eine Aussenhecke um das gesamte Areal angelegt werden, was für alle heimischen Vogelarten als Brut-, Schutz- und Nahrungshabitat dienen könnte.

10. Fazit

Bei der Begehung am 29.09.2023 wurde die Eingriffsfläche im Rahmen einer artenschutzrechtlichen Potenzialanalyse auf ihre Eignung als Fortpflanzungs- und Nahrungsfläche für rechtlich geschützte Tierarten untersucht. Arten, deren Lebensraum theoretisch durch das Bauvorhaben gefährdet werden könnte, ließen sich bei der Begehung nicht direkt nachweisen. Einige der gefährdeten und alle weiteren potentiell vorkommenden Brutvogelarten legen jedoch jährlich neue Nester an und finden im Umfeld ausreichend Alternativen. Der Schulgarten ist von seiner Struktur her für den Artenschutz von sehr wichtiger Bedeutung und gilt als essenziell einzustufen. Dort sind Habitatstrukturen für Fledermäuse, Vögel, Amphibien, Reptilien und Insekten zu finden.

Bei Einhaltung der Vermeidungsmaßnahmen aus dem Kapitel Handlungsempfehlungen, kommt die Artenschutzprüfung zu dem Schluss, dass keine Verbotstatbestände nach § 44 BNatSchG durch das Bauvorhaben für diese Arten ausgelöst werden.

Das Vorhaben ist unter artenschutzrechtlichen Gesichtspunkten zulässig.

11. Schlussbemerkung

Die Beurteilung ist ausschließlich zum Gebrauch des Auftraggebers bestimmt. Es sei ausdrücklich darauf hingewiesen, dass eine Weitergabe an Dritte nur zulässig ist, wenn die vollständige Form erhalten bleibt.

Eine Herausnahme von Unterlagen, Fotos, Textpassagen oder eine sonst wie geartete Isolierung und/oder Wiedergabe von Textpassagen, welche die Aussage der Beurteilung verändern könnte, ist nicht zulässig.

Es gelten die gesetzlichen Bestimmungen des Urheberrechts.

Eine Vervielfältigung der Beurteilung, oder Teilen daraus bedürfen der schriftlichen Zustimmung des Verfassers.

Dieses Gutachten habe ich objektiv und nach bestem Wissen und Gewissen angefertigt.



Michael Dreessen
Fachgutachter für Artenschutz

12. Quellen und Literaturverzeichnis

Literatur

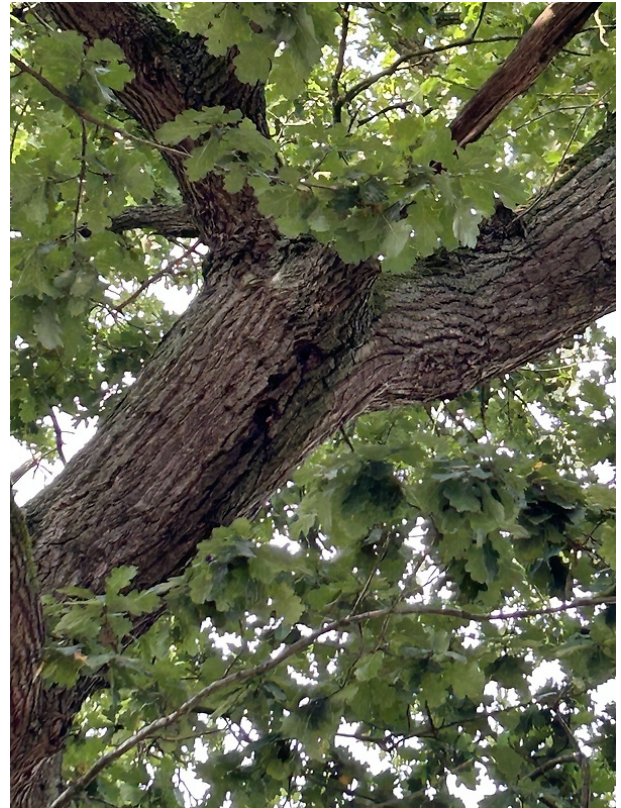
- Bundesnaturschutzgesetz 1976, 2009, geändert 2022
- Naturschutzrecht, Artenschutz VO Nr. 338/97, Fauna-Flora-RL 93/43/EWG, Vogelschutz RL 2009/147/EG, Bundesartenschutz VO, Bundeswald G, Umwelthaftungs RL 2004/35/EG
- Artenschutz in Planungs- und Genehmigungsverfahren, Architektenkammer Nordrhein-Westfalen
- Fachbericht Artenschutz, FLL 2021
- Artenschutz und Baumpflege 2019 M, Dietz; D. Dujesiefken; T. Kowol; J. Reuther; T. Rieche; C. Wurst
- Europäische Gemeinschaft (2003): Richtlinie zur Erhaltung der natürlichen Lebensräume sowie wildlebender Tiere und Pflanzen. - Konsolidierter Text
- FFH- Richtlinie (Flora-Fauna-Habitat-Richtlinie): Richtlinie 92/43/EWG des Rates vom 21. Mai 1992 zur Erhaltung der natürlichen Lebensräume sowie der wildlebenden Tiere und Pflanzen. - Abl. EG Nr. L 206, zuletzt geändert durch Richtlinie 97/49/EG vom 27.10. 1997 - Abl. EG Nr. 305: 42.
- Vogelschutzrichtlinie (VSchRL): Richtlinie 79/409/EWG des Rates über die Erhaltung der wild lebenden Vogelarten vom 02. April 1979

Fotodokumentation:

Bereich 1



Quartierstrukturen im 1. Bereich



Bereich 2, kleine Freifläche am Spillmannsweg



Bereich 3, Schulhof



Quartierstruktur auf dem Schulhof



Bereich 4, Schulgarten mit stillen Gewässer



Risse und Spalten, potenzielle Quartiere für Fledermäuse



Höhlungen in den Bäumen



Stilles Gewässer auf dem Nachbargrundstück



Bereich 5, größere Freifläche



Bereich 6, Sportplatz



Beispiel eines Rohres zum verschließen der Höhlungen



Stadt Papenburg**Bebauungsplan Nr. 49 „Am Spillmannsweg“, 5. Änderung****1****Stellungnahmen der Behördenbeteiligung gemäß § 4 Abs. 2 BauGB:****Abwägungsvorschlag:****Landkreis Emsland, mit Schreiben vom 23.01.2024**

Zum Entwurf der o. g. Bauleitplanung nehme ich als Träger öffentlicher Belange wie folgt Stellung:

Städtebau

Da der Bezugspunkt für die Höhe der baulichen Anlagen auf dem Fuß- und Radweg zwischen den Gemeinbedarfsflächen liegt, sollte dieser Fuß- und Radweg in der Planzeichnung auch erkennbar sein. Er könnte bspw. als Verkehrsfläche besonderer Zweckbestimmung - öffentliche Verkehrsfläche „Fuß- und Radweg“ festgesetzt werden.

In den Hinweisen ist in Nr. 3.5 das Wort „andere“ unklar.

Naturschutz und Forsten

Naturschutzfachliche Belange:

Die 5. Änderung des o.g. Bebauungsplanes wird baurechtlich nach § 13 a BauGB beurteilt. Die naturschutzfachlichen Belange werden der baurechtlichen Beurteilung entsprechend betrachtet und abgehandelt.

Ungeachtet dessen gilt es gern. dem Vermeidungs- und Minimierungsgrundsatz nach § 13 BNatSchG, die Ortsbildprägenden und/oder naturschutzfachlich wertvollen Baum- und Strauchstrukturen des Plangebietes zu sichern, zu schützen und dauerhaft zu erhalten. Die Bauleitplanung ist daher grundsätzlich den örtlichen Gegebenheiten anzupassen.

Im Zuge der vorliegenden Planung wurde der Fuß- und Radweg aufgemessen und in der Planunterlage mit einer gestrichelten Linie dargestellt. Außerdem ist er in der Örtlichkeit gut zu erkennen. Eine zusätzliche Festsetzung als Verkehrsfläche ist daher nicht zwingend erforderlich. Aus diesem Grund wird an der vorliegenden Festsetzung des unteren Bezugspunktes festgehalten.

Das Wort „andere“ wird aus dem Hinweis herausgenommen.

Die Hinweise zu den Vermeidungs- und Minimierungsgrundsätzen werden in der Weise berücksichtigt, dass die nördlich und östlich der bestehenden Sportplatzanlage vorhandenen Gehölzflächen als zu erhalten festgesetzt wurden. Weitergehende Gehölze wurden nicht festgesetzt, um bezüglich des Standortes der neuen Sporthalle flexibel zu bleiben. Sollten Gehölze entfernt werden müssen, so werden sie entsprechend

07.02.2024

Stellungnahmen der Behördenbeteiligung gemäß § 4 Abs. 2 BauGB:

Abwägungsvorschlag:

Artenschutzrechtliche Belange:

Zur 5. Änderung des B-Planes wurde keine vollumfängliche spezielle artenschutzrechtliche Prüfung (saP) durchgeführt, sondern lediglich eine Potentialanalyse erstellt. Die Potentialanalyse beruht auf einer Ortsbegehung im September 2023.

Die Potentialanalyse sagt aus, dass eine Betroffenheit von Arten nach § 19 bzw. § 44 BNatSchG nicht zu erwarten ist.

Lt. der Potentialanalyse kommt es nicht zu erheblichen Störungen für wildlebende Tiere der streng geschützten Arten bzw. der europäischen Vogelarten während der Fortpflanzungs-, Aufzucht-, Mauer-, Überwinterungs- und Wanderzeiten.

Wiederholt bezogene Fortpflanzungs- und Ruhestätten (z.B. Baumhöhlen, Horste) können zwar vorhanden sein, die ökologische Funktion der von dem Eingriff betroffenen Fortpflanzungs- und Ruhestätten wird im räumlichen Zusammenhang jedoch weiterhin erfüllt. Für alle besonders geschützten (§ 7 Abs. 2 Nr. 13 BNatSchG) und streng geschützten (§ 7 Abs. 2 Nr. 14 BNatSchG) Arten sind in der Planung Maßnahmen zur Vermeidung und Minderung von Beeinträchtigungen bzw. Störungen oder Schädigungen sowie Schutzmaßnahmen vorgesehen.

Die Handlungsempfehlungen der Potentialanalyse sind als artenschutzrechtliche Bedingungen verbindlich in die Bauleitplanung aufzunehmen.

Zur Vermeidung einer Betroffenheit von Arten nach § 19 bzw. § 44 BNatSchG hat die Herrichtung der Baufelder (wie das Abschieben von Oberböden) außerhalb der Brutzeit boden- und gehölzbrütender Vogelarten zu erfolgen, d. h. nicht zwischen dem 01. März und dem 31. Juli.

Zur Vermeidung der Zerstörung von Gelegen haben notwendige Arbeiten im Seitenraum von Wegen, Straßen und Gräben außerhalb der Brutzeit von Brutvogelarten der Ruderalfluren, Brachen und Gewässer (insbesondere der Gräben) zu erfolgen, d. h. nicht

der Papenburger Baumschutzsatzung ersetzt.

Die Potenzialstudie kommt zu dem Ergebnis, dass im Plangebiet Arten, deren Lebensraum theoretisch durch das Bauvorhaben gefährdet werden könnte, sich nicht nachweisen ließen. Einige der gefährdeten und alle weiteren potenziell vorkommenden Brutvogelarten legen jedoch jährlich Nester an und finden im Umfeld ausreichend Alternativen. Der Schulgarten ist von seiner Struktur her für den Artenschutz von sehr wichtiger Bedeutung und wird als essenziell eingestuft. Dort sind Habitatstrukturen für Fledermäuse, Vögel, Amphibien, Reptilien sowie Insekten zu finden. Dieser soll erhalten werden und wird im Bebauungsplan als Fläche zum Erhalten „Siedlungsgehölz“ festgesetzt.

Folgende Handlungsempfehlungen bezüglich des Artenschutzes werden in der genannten Potenzialanalyse benannt:

1. Schonzeiten einhalten:

Grundsätzlich ist das Roden oder Entfernen von Gehölzen in der Zeit vom 1. März bis 30. September zum Schutz der Natur laut Gesetzgeber verboten. Da im Zuge der Baumaßnahmen Gehölze gerodet werden müssen, sind diese vorher auf Vogel-nester und Fledermausbesatz zu prüfen. Falls Bäume mit potenziellen Quartierstrukturen (Höhlungen, Spalten, Risse) für Fledermäuse und Vögel betroffen sind, sind die Höhlungen und

Stellungnahmen der Behördenbeteiligung gemäß § 4 Abs. 2 BauGB:

Abwägungsvorschlag:

zwischen dem 01. März und dem 31. Juli.

Zur Vermeidung von Verstößen gegen die artenschutzrechtlichen Verbote des § 44 Abs. 1 BNatSchG hat die Fällung von Gehölzen nicht in der Zeit vom 01. März bis 30. September zu erfolgen (Potentialanalyse).

Vor dem Umbau oder dem Abriss von Gebäuden sind diese von fachkundigem Personal der Biologie, der Ornithologie, der Landespflege etc. auf die Anwesenheit von Vögeln oder Fledermäusen zu prüfen.

Vor der Fällung potentieller Höhlenbäume ist von fachkundigem Personal der Biologie, der Ornithologie, der Landespflege etc. zu prüfen, ob die Bäume von Fledermäusen genutzt oder bewohnt werden. Höhlungen, Spalten, Risse etc. sind 5-6 Tage vor den Baumfällungen so zu verschließen, dass vorhanden Fledermäuse ausfliegen, aber nicht mehr/wieder einfliegen können (Potentialanalyse).

Das Verfüllen von Gewässern jeglicher Art (Gräben Teiche, Tümpel, Senken etc.) im und unmittelbar am Plangebiet ist außerhalb der Laichphase von Fischen und außerhalb der Wasserlebensphase von Amphibien wie Erdkröte, d. h. nicht in der Zeit zwischen dem 15. Februar und 31. August, durchzuführen.

Ist ein Einhalten der Bauzeitenbeschränkung nicht möglich, ist das Plangebiet im Rahmen einer qualifizierten ökologischen Baubegleitung vor den Baufeldräumungen bzw. vor dem Herrichten des Plangebietes durch fachkundiges Personal der Ornithologie, der Biologie, der Landespflege etc. auf Brutplätze abzusuchen. Sofern dabei keine Brutplätze festgestellt werden, ist die Herrichtung der Baufelder gestattet. Eine ökologische Baubegleitung ist der Unteren Naturschutzbehörde (UNB) bei ihrer Einrichtung namentlich zu benennen, um im Bedarfsfall bzw. bei abzusehenden Konflikten mit den artenschutzrechtlichen Belangen einen Ansprechpartner zu haben. Die abendliche und nächtliche Außenbeleuchtung ist fledermaus-

Risse 5 - 6 Tage vor der Fällung so zu verschließen, dass vorhandene Fledermäuse ausfliegen aber nicht mehr einfliegen können.

Diese Handlungsempfehlung wird in der Weise berücksichtigt, dass sie unter den Hinweisen zum Artenschutz im Bebauungsplan und in der Begründung zum Bebauungsplan aufgenommen wurde.

2. Anbringen von Nistkästen:

Im Plangebiet und in der Umgebung sind an Gebäuden Nistkästen und Einbauquartiere für Fledermäuse anzubringen.

Unter den Hinweisen wird im Bebauungsplan für den Verlust potenzieller Brutplätze von Höhlenbrütern sowie potenzieller Quartierstätten gefordert, dass pro gefällttem Baum 1 Höhlenbrüternistkasten und ein Fledermauskasten aufzuhängen sind.

Diese Handlungsempfehlung wird somit auch berücksichtigt.

3. Vermeidung von Vogelschlag an Glasscheiben

Es wird auf die Homepage von „Vogel und Glas“ der Schweizerischen Vogelwarte verwiesen mit Informationen zu Maßnahmen zur Vermeidung von Vogelschlag an Glasscheiben.

Dieser Hinweis wurde in die Begründung zum Bebauungsplan aufgenommen.

4. Dachbegrünung

Bei Gebäuden mit Flachdächern ist auch eine Dachbegrünung zur Schaffung von neuem Lebensraum für verschiedene Artengruppen (v. a. Insekten) gut umsetzbar.

Stellungnahmen der Behördenbeteiligung gemäß § 4 Abs. 2 BauGB:

Abwägungsvorschlag:

und insektenfreundlich zu gestalten. Die Lichtimmissionen sind grundsätzlich auf ein unbedingt notwendiges Maß zu reduzieren. Die Beleuchtung ist so zu gestalten, dass eine Ausleuchtung der angrenzenden Waldbereiche vermieden wird. Die Beleuchtung hat ausschließlich von oben zu erfolgen und ist so abzublenken, dass kein direktes Licht zu den Seiten ausgestrahlt wird. Eine Beleuchtung ist nur an Orten anzubringen, an denen sie benötigt wird, wenn möglich mit Bewegungsmelder bzw. Dimmer. Es sind insektenfreundliche Lampen und Leuchtmittel zu verwenden, die eine Temperatur von 60°C nicht über- und eine Wellenlänge von 590 nm nicht unterschreiten.

An Glasflächen von Gebäuden sind, soweit möglich und artenschutzrechtlich zielführend, Schutzfolien wie Vogelsilhouetten anzubringen, um Anflüge zu reduzieren und populationsrelevante Beeinträchtigungen zu vermeiden, insbesondere an "Durchsicht"-Fensterkonstellationen (Wintergärten, Eingänge, Carports etc.) (Potentialanalyse).

Ergeben sich vor und während der Umsetzungsphase(n) Hinweise auf die Anwesenheit geschützter Arten, ist zwecks weiterer Vorgehensweise eine Abstimmung mit der UNB zu suchen.

Die Dachflächen der entstehenden Großgebäude sind, soweit sie nicht mit Photovoltaik versehen werden, zur Dachbegrünung zu nutzen (Potentialanalyse).

Um das gesamte Areal ist als Brut- und Nahrungshabitat für Gehölz- bzw. Heckenbrüter eine mind. dreireihige (= 6 m breite), freiwachsende Hecke aus heimischen standortgerechten Laubgehölzen (Wildrosen, Holunder, Haselnuss etc.) anzulegen (Potentialanalyse).

Die Potentialanalyse gibt vor, im Bereich des Plangebietes Nisthilfen und Fledermauskästen aufzuhängen. Aussagen über die Lage und die Zahl der Nisthilfen und Kästen ist der Potentialanalyse nicht zu entnehmen. Hier bedarf die Potentialanalyse einer fachlich fun-

Die anteilige Begrünung von Flachdächern ist im Bebauungsplan festgesetzt. Dieser Handlungsempfehlung wird somit gefolgt.

5. Förderung heimischer Arten

Als Ausgleich sollte eine Außenhecke um das gesamte Areal angelegt werden, die für heimische Vogelarten als Brut-, Schutz- und Nahrungshabitat dienen könnte.

Dieser Empfehlung wird in der Weise Rechnung getragen, dass der nördlich und östlich der Sportanlage bestehende Baumbestand als zu erhalten festgesetzt wird. Damit bleibt ein Rückzugsort für die heimischen Vogelarten als Brut-, Schutz- und Nahrungshabitat erhalten.

Bei Einhaltung der vor genannten Vermeidungsmaßnahmen aus den Handlungsempfehlungen kommt die Artenschutzprüfung zu dem Ergebnis, dass keine Verbotstatbestände gemäß § 44 BNatSchG durch die Planung für diese Arten ausgelöst werden. Wie beschrieben, werden die Handlungsempfehlungen im Zuge der Festsetzungen und Hinweise im Bebauungsplan sowie den Beschreibungen in der Begründung berücksichtigt, sodass davon ausgegangen werden kann, dass die Verbotstatbestände gemäß §§ 44 BNatSchG eingehalten werden können.

Stellungnahmen der Behördenbeteiligung gemäß § 4 Abs. 2 BauGB:

Abwägungsvorschlag:

dierten Ergänzung.

Die Potentialanalyse geht zudem auf die Tiergruppen der Käfer, der Amphibien, der Reptilien, der Libellen, der Schmetterlinge, der Heuschrecken und der Wildbienen ein.

Im Zuge der Betrachtung der einzelnen Tiergruppen sagt die Potentialanalyse aus, dass wandernde Amphibien durch die Bauleitplanung betroffen sein können. Gleiches gilt für die Tiergruppe der Käfer, da im Plangebiet Totholz und vergleichbare Habitate anzutreffen sind. Auch die Tiergruppen der Schmetterlinge, der Heuschrecken und der Wildbienen können lt. der Potentialanalyse eine Beeinträchtigung erfahren, da die gehölzlosen Freiflächen von Wildblumen, Gräsern und/oder Wildstauden eingenommen werden. Über welche Maßnahmen potentielle Beeinträchtigungen abgefordert bzw. unter die sog. Erheblichkeitsschwelle gehalten werden sollen, ist der Potentialanalyse nicht zu entnehmen. Auch in diesem Fall sind fachlich fundierte Aussagen zu treffen bzw. zu ergänzen.

Forstfachliche Belange:

Forstfachliche Belange werden von der 5. Änderung des B-Planes nicht berührt.

Brandschutz

- Für das geplante Vorhaben ist die Löschwasserversorgung so zu erstellen, dass ein Löschwasserbedarf von 1600 l/min. (96 m³/h) vorhanden ist. Der Löschbereich umfasst i. d. R. alle Löschwasserentnahmemöglichkeiten in einem Umkreis von 300 m. Dabei sind in einem Umkreis von 150 m mindestens 50 % der Löschwasserversorgung sicherzustellen, die restlichen 50% sind dann in einem Radius von 300 m um die baulichen Anlagen sicherzustellen. Als Löszeit werden 2 Stunden angesetzt. Für den Fall, dass Löschwasser über das Rohrnetz der öf-

Der Hinweis zur erforderlichen Löschwasserversorgung für das Plangebiet wird zur Kenntnis genommen.

Stellungnahmen der Behördenbeteiligung gemäß § 4 Abs. 2 BauGB:

Abwägungsvorschlag:

| | |
|---|---|
| <p>fentlichen Trinkwasserversorgung bezogen wird, dient das DVGW-Arbeitsblatt W 405 (Deutscher Verein des Gas- und Wasserfaches e.V.) als planerische Grundlage.</p> <ul style="list-style-type: none">• Der Abstand der einzelnen Löschwasserentnahmestellen von den Gebäuden darf 150 m nicht überschreiten. Die Standorte der einzelnen Hydranten bzw. Wasserentnahmestellen sind mit dem zuständigen Gemeinde - oder Ortsbrandmeister festzulegen.• Die Zuwegung und Aufstell- und Bewegungsflächen der Feuerwehr sind gemäß §§ 1 und 2 der Allgemeinen Durchführungsverordnung zur Niedersächsischen Bauordnung (DVO-NBauO) herzustellen.• Die erforderlichen Straßen sind vor Fertigstellung der Gebäude so herzustellen, dass Feuerwehr und Rettungsfahrzeuge ungehindert zu den einzelnen Gebäuden gelangen können. | <p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen und berücksichtigt.</p> <p>Die Regularien über Bewegungsflächen für die Feuerwehr sind in den konkreten Bauantragsunterlagen durch den Bauherren nachzuweisen und im Rahmen des betrieblichen Brandschutzkonzeptes umzusetzen.</p> <p>Das Plangebiet ist bereits verkehrlich erschlossen.</p> |
|---|---|

Landesamt für Geoinformation und Landesvermessung Niedersachsen, Regionaldirektion Hameln-Hannover, mit Schreiben vom 05.01.2024

Sie haben das Landesamt für Geoinformation und Landesvermessung Niedersachsen (LGLN), Regionaldirektion Hameln-Hannover (Kampfmittelbeseitigungsdienst (KBD)) als Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Baugesetzbuch (BauGB) beteiligt. Meine Ausführungen hierzu entnehmen Sie bitte der Rückseite; diese Stellungnahme ergeht kostenfrei.

Sofern in meinen anliegenden Ausführungen eine weitere Gefahrenerforschung empfohlen wird, mache ich darauf aufmerksam, dass die Gemeinden als Behörden der Gefahrenabwehr auch für die Maßnahmen der Gefahrenerforschung zuständig sind.

Eine Maßnahme der Gefahrenerforschung kann eine historische Erkundung sein, bei der alliierte Kriegluftebilder für die Ermittlung von Kriegseinwirkungen durch Abwurfmunition ausgewertet werden (Luftbildauswertung). Der KBD hat nicht die Aufgabe, alliierte Luftbilder zu Zwecken der Bauleitplanung oder des Bauordnungsrechts kostenfrei auszuwerten, die Luftbildauswertung ist vielmehr gem. § 6 Niedersächsisches Umweltinformationsgesetz (NUIG) in Verbindung mit § 2 Abs. 3 Niedersächsisches Verwaltungskostengesetz (NVwKostG) auch für Behörden kostenpflichtig.

Die Bearbeitungszeit für Luftbildauswertungen beträgt derzeit beim KBD ca. 26 Wochen ab Antragstellung. Da diese Zeitspanne zwischen Erteilung einer Baugenehmigung und dem Baubeginn erfahrungsgemäß nicht verfügbar ist, empfehlen wir den Kommunen eine rechtzeitige Antragstellung.

Es wird zur Kenntnis genommen, dass die Gemeinden als Behörden der Gefahrenabwehr auch für die Maßnahmen der Gefahrenerforschung zuständig sind und eine weitere Gefahrenerforschung (z.B. durch eine entsprechende Luftbildauswertung) kostenpflichtig möglich ist.

Das Plangebiet befindet sich in einem Bereich, in dem in der Vergangenheit bereits Boden bewegt worden ist. Auffällige Funde sind der Stadt in diesem Zusammenhang nicht bekannt. Vorsorglich wurde ein Hinweis in den Bebauungsplan aufgenommen, dass bei einem Fund von Kampfmitteln die zuständige Polizeidienststelle, das Ordnungsamt oder der Kampfmittelbeseitigungsdienst zu benachrichtigen ist.

Stellungnahmen der Behördenbeteiligung gemäß § 4 Abs. 2 BauGB:

Abwägungsvorschlag:

Sofern eine solche kostenpflichtige Luftbildauswertung durchgeführt werden soll, bitte ich um entsprechende schriftliche Auftragserteilung unter Verwendung des Antragsformulars und der Rahmenbedingungen, die Sie über folgenden Link abrufen können:
<http://www.lgln.niedersachsen.de/startseite/kampfmittelbeseitigung/luftbildauswertung/kampfmittelbeseitigungsdienst-niedersachsen-163427.html>

Für die Planfläche liegen dem Kampfmittelbeseitigungsdienst Niedersachsen die folgenden Erkenntnisse vor (siehe beigegefügte Kartenunterlage)

Empfehlung: Luftbildauswertung

Fläche A

Luftbilder: Die derzeit vorliegenden Luftbilder wurden nicht vollständig ausgewertet.

Luftbildauswertung: Es wurde keine Luftbildauswertung durchgeführt.

Sondierung: Es wurde keine Sondierung durchgeführt.

Räumung: Die Fläche wurde nicht geräumt.

Belastung: Es besteht der allgemeine Verdacht auf Kampfmittel.

Bitte senden Sie uns, nach Übernahme unserer Stellungnahme, zur Arbeitserleichterung keine weiteren Schreiben in dieser Angelegenheit zu.

Stellungnahmen der Behördenbeteiligung gemäß § 4 Abs. 2 BauGB:

Abwägungsvorschlag:

EWE NETZ GmbH, mit Schreiben vom 26.01.2024

Vielen Dank für die Beteiligung unseres Hauses als Träger öffentlicher Belange.

Im Plangebiet bzw. in unmittelbarer Nähe zum Plangebiet befinden sich Versorgungsleitungen und/oder Anlagen der EWE NETZ GmbH.

Diese Leitungen und Anlagen sind in ihren Trassen (Lage) und Standorten (Bestand) grundsätzlich zu erhalten und dürfen weder beschädigt, überbaut, überpflanzt oder anderweitig gefährdet werden. Bitte stellen Sie sicher, dass diese Leitungen und Anlagen durch Ihr Vorhaben weder technisch noch rechtlich beeinträchtigt werden.

Sollte sich durch Ihr Vorhaben die Notwendigkeit einer Anpassung unserer Anlagen, wie z.B. Änderungen, Beseitigung, Neuherstellung der Anlagen an anderem Ort (Versetzung) oder anderer Betriebsarbeiten ergeben, sollen dafür die gesetzlichen Vorgaben und die anerkannten Regeln der Technik gelten. Gleiches gilt auch für die gegebenenfalls notwendige Erschließung des Plangebietes mit Versorgungsleitungen und Anlagen durch EWE NETZ. Bitte planen Sie in diesem Fall Versorgungstreifen bzw. -korridore für Telekommunikationslinien, Elektrizitäts- und Gasversorgungsleitungen gemäß DIN 1998 (von min. 2,2 m) mit ein. Weiterhin kann für die Stromversorgung von Baugebieten o.Ä. zusätzlich die Installation einer Trafostation erforderlich sein.

Für die Auswahl eines geeigneten Stationsplatzes (ca. 6m x 4m) möchten wir Sie bitten, uns in weitere Planungen frühzeitig mit einzubinden. Für einen eventuell später steigenden Leistungsbedarf könnte ein weiterer Stationsplatz und Leitungsverlegungen in den

Es wird zur Kenntnis genommen, dass sich im Plangebiet bzw. in unmittelbarer Nähe Versorgungsanlagen der EWE NETZ GmbH befinden, welche erhalten bleiben müssen und nicht beschädigt oder anderweitig gefährdet werden dürfen. Im Zuge der konkreten Gebäudeplanung werden die Leitungspläne bei den Versorgungsträgern angefragt.

Soweit eine Neuherstellung oder Änderungen bzw. Anpassungen der Ver- und Entsorgungsanlagen erforderlich werden, wird zur Kenntnis genommen, dass diese entsprechend den gesetzlichen Vorgaben und den anerkannten Regeln der Technik durchgeführt werden müssen.

Die EWE wird in die weitere Planung frühzeitig eingebunden.

Stellungnahmen der Behördenbeteiligung gemäß § 4 Abs. 2 BauGB:

Abwägungsvorschlag:

Versorgungstreifen erforderlich werden. Wir bitten Sie, dass bei Ihren Planungen ebenfalls zu berücksichtigen.

Bitte informieren Sie uns zudem, wenn ein wärmetechnisches Versorgungskonzept umgesetzt werden soll.

Die Kosten der Anpassungen bzw. der Betriebsarbeiten sind von dem Vorhabenträger vollständig zu tragen und der EWE NETZ GmbH zu erstatten, es sei denn der Vorhabenträger und die EWE NETZ GmbH haben eine anderslautende Kostentragung vertraglich geregelt.

Die EWE NETZ GmbH hat keine weiteren Bedenken oder Anregungen vorzubringen.

Wir bitten Sie, uns auch in die weiteren Planungen einzubeziehen und uns frühzeitig zu beteiligen. Dies gilt auch für den Fall der Erschließung des Plangebietes mit Versorgungsleitungen durch EWE NETZ, denn hierfür sind beispielsweise Lage und Nutzung der Versorgungsleitung und die sich daraus ableitenden wirtschaftlichen Bedingungen wesentliche Faktoren.

Damit die Planung Ihres Baugebietes durch uns erfolgen kann, teile Sie uns bitte die dafür notwendigen Informationen über den folgenden Link mit:
<https://www.ewe-netz.de/kommunen/services/neubaugebieterschliessung>

In der Laufzeit Ihres Verfahrens kann sich unser Leitungs- und Anlagenbestand ändern. Damit es nicht zu Entscheidungen auf Grundlage eines veralteten Planwerkes kommt, nutzen Sie dafür bitte unsere aktuelle Leitungs- und Anlagenauskunft. Auf unserer Internetseite der EWE NETZ GmbH können Sie sich jederzeit nach einer

Die EWE wird darüber informiert, wenn ein wärmetechnisches Versorgungskonzept umgesetzt werden soll.

Es wird zur Kenntnis genommen, dass Kosten für Anpassungen seitens des Vorhabenträgers zu tragen sind, wenn keine anderslautende vertragliche Vereinbarung existiert.

Der Hinweis auf eine frühzeitige Beteiligung der EWE für den Fall der Erschließung des Baugebiets mit Versorgungsleitungen der EWE wird zur Kenntnis genommen und berücksichtigt.

Der Hinweis auf die Leitungs- und Anlagenauskunft wird zur Kenntnis genommen.

Stellungnahmen der Behördenbeteiligung gemäß § 4 Abs. 2 BauGB:

Abwägungsvorschlag:

erfolgreichen Registrierung auf unserem modernen Planauskunft-portal über die konkrete Art und Lage unserer zu berücksichtigen Anlagen informieren:

<https://www.ewe-netz.de/geschaeftskunden/services/leitungsplaene-abrufen>

Haben Sie weitere Fragen? Sie erreichen Ihren Ansprechpartner Claudia Vahl unter der folgenden Rufnummer: 151-74493158.

Stellungnahmen der Behördenbeteiligung gemäß § 4 Abs. 2 BauGB:

Abwägungsvorschlag:

Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie, mit Schreiben vom 26.01.2024

In Bezug auf die durch das LBEG vertretenen Belange geben wir zum o.g. Vorhaben folgende Hinweise:

Hinweise

Sofern im Zuge des o.g. Vorhabens Baumaßnahmen erfolgen, verweisen wir für Hinweise und Informationen zu den Baugrundverhältnissen am Standort auf den NIBIS-Kartenserver. Die Hinweise zum Baugrund bzw. den Baugrundverhältnissen ersetzen keine geotechnische Erkundung und Untersuchung des Baugrundes bzw. einen geotechnischen Bericht. Geotechnische Baugrunderkundungen/-untersuchungen sowie die Erstellung des geotechnischen Berichts sollten gemäß der DIN EN 1997-1 und -2 in Verbindung mit der DIN 4020 in den jeweils gültigen Fassungen erfolgen.

In Bezug auf die durch das LBEG vertretenen Belange haben wir keine weiteren Hinweise oder Anregungen.

Die vorliegende Stellungnahme hat das Ziel, mögliche Konflikte gegenüber den raumplanerischen Belangen etc. ableiten und vorausschauend berücksichtigen zu können. Die Stellungnahme wurde auf Basis des aktuellen Kenntnisstandes erstellt. Die verfügbare Datengrundlage ist weder als parzellenscharf zu interpretieren noch erhebt sie Anspruch auf Vollständigkeit. Die Stellungnahme ersetzt nicht etwaige nach weiteren Rechtsvorschriften und Normen erforderliche Genehmigungen, Erlaubnisse, Bewilligungen oder objektbezogene Untersuchungen.

Der Hinweis auf den NIBIS-Kartenserver wird zur Kenntnis genommen. Ebenfalls wird zur Kenntnis genommen, dass die Informationen zu den Baugrundverhältnissen keine geotechnische Erkundung oder Untersuchung des Baugrundes ersetzen.

Es wird zur Kenntnis genommen, dass weitere Hinweise oder Anregungen nicht vorgetragen werden.

Die Hinweise zur vorliegenden Stellungnahme werden zur Kenntnis genommen.

Stellungnahmen der Behördenbeteiligung gemäß § 4 Abs. 2 BauGB:

Abwägungsvorschlag:

Deutsche Telekom Technik GmbH, mit Schreiben vom 11.01.2024

Die Telekom Deutschland GmbH (nachfolgend Telekom genannt) - als Netzeigentümerin und Nutzungsberechtigte i. S. v. § 125 Abs. 1 TKG- hat die Deutsche Telekom Technik GmbH beauftragt und bevollmächtigt, alle Rechte und Pflichten der Wegesicherung wahrzunehmen sowie alle Planverfahren Dritter entgegenzunehmen und dementsprechend die erforderlichen Stellungnahmen abzugeben. Zu der o. g. Planung nehmen wir wie folgt Stellung:

Die Telekom hat bezüglich der o.g. Bauleitplanung derzeit weder Anregungen noch Bedenken.

Bei der Bauausführung ist darauf zu achten, dass Beschädigungen der vorhandenen Telekommunikationslinien vermieden werden und aus betrieblichen Gründen (z. B. im Falle von Störungen) der ungehinderte Zugang zu den Telekommunikationslinien jederzeit möglich ist. Insbesondere müssen Abdeckungen von Abzweigkästen und Kabelschächten sowie oberirdische Gehäuse soweit frei gehalten werden, dass sie gefahrlos geöffnet und ggf. mit Kabelziehfahrzeugen angefahren werden können. Es ist deshalb erforderlich, dass sich die Bauausführenden vor Beginn der Arbeiten über die Lage der zum Zeitpunkt der Bauausführung vorhandenen Telekommunikationslinien der Telekom informieren. Die Kabelschutzanweisung der Telekom ist zu beachten.

Es wird zur Kenntnis genommen, dass zu der vorliegenden Planung weder Anregungen noch Bedenken vorgetragen werden.

Die Hinweise bezüglich der konkreten Bauausführung werden zur Kenntnis genommen. Sie sind im Rahmen von Bauarbeiten zu berücksichtigen.

Stadt Papenburg
Bebauungsplan Nr. 49 „Am Spillmannsweg“, 5. Änderung

1

Private Stellungnahme:

Abwägungsvorschlag:

Einwender, mit Schreiben vom 29.01.2024

Wir geben - wie folgt - eine Stellungnahme zur o.a. Bebauungsplanänderung ab:

- 1) Zunächst einmal begrüßen wir den Bau einer neuen Halle, da die alten Hallen marode und nicht mehr zeitgemäß sind.
- 2) Ein Teil der Stadionfläche geht durch den Neubau auf dem angezeigten Gelände im Stadion verloren.
Dazu stellen sich uns folgende Fragen:
 - a) Wurde der Standort hinter dem Busbahnhof an der Umländerwiek geprüft? Das Grundstück gehört der katholischen Kirche. Eine geplante Erweiterung des Friedhofs ist durch geänderte Beerdigungsriten nicht mehr notwendig. Die Oberschule ist in katholischer Trägerschaft und profitiert ebenfalls von einem Neubau. So könnte sich die Katholische Kirche hier mit einem Grundstück einbringen.
 - b) Sind Oberschule und Bistum über einen Neubau informiert und haben Beratungen stattgefunden?
 - c) Ohne eine Außensportanlage fehlen für die Kerncurricula des Faches Sport elementare Sporteinrichtungen (Bspw. Sprunggrube, 100+m Bahn, etc.) Für Veranstaltungen wie z.B. die vorgeschriebenen Bundesjugendspiele oder Pokalturniere im Fußball werden Tribünen benötigt und auch ebene Rasenfelder mit vorgegebener Größe. Ohne diese müssten die SchülerInnen des Öfteren mit Bussen zum Waldstadion gebracht werden, was unter Umwelt- und Nachhaltig-

Es wird zur Kenntnis genommen, dass ein Neubau der Sporthalle begrüßt wird.

Zu dem genannten Grundstück steht die Stadt Papenburg im Austausch mit der Kirchengemeinde. Hier gibt es bezüglich der Verwendung jedoch andere Planungen.

Es hat bereits ein Abstimmungsgespräch mit der Schulstiftung Osnabrück stattgefunden. Darüber hinaus ist das Bistum als Träger öffentlicher Belange am Bauleitplanverfahren beteiligt worden.

Für den Schulsport werden angemessene Anlagen in Absprache mit den nutzenden Schulen auf der verbleibenden Freifläche neu geschaffen.
Für größere Veranstaltungen stehen das Waldstadion sowie der Sportpark Obenende zur Verfügung. Es ist geplant, dass die dafür erforderliche Organisation des Schülertransports von der Stadt Papenburg übernommen wird.

Private Stellungnahme:

Abwägungsvorschlag:

| | |
|--|--|
| <p>keitssicht ungünstig ist und auch aus Kostengründen sowie zeittechnischer Sicht aufwendig für Schülerinnen und Lehrpersonal sowie Stadt wäre.</p> <p>d) Durch den Abriss der alten Hallen, fehlen der Grundschule weiterhin dann Unterstellmöglichkeiten für Schulmaterial und Gerätschaften des Hausmeisters. Die Michaelgrundschule hat im Schulgebäude weder Kellerräume noch weitere Räume zur Unterbringung der Gerätschaften.</p> <p>3) In Zusammenhang mit der Umgestaltung des Areals ist auch das Verkehrsproblem zwischen Kindergarten St.Michael und der Michaelgrundschule zu lösen. Der bisherige Fußweg zwischen Schulen und Stadion könnte außerhalb um das Stadion geführt werden um schulfremde Spaziergänger vom Schulgelände fernzuhalten und HÖB Besucher direkt an das HÖB Gelände zu führen. Fahrradständer am Ende einer Fahrradwegsackgasse (am „Anbau der Michaelgrundschule“) könnten zu dem geschaffen werden. So würden sowohl die Schüler aus dem Bereich der HÖB Siedlung etc. der Oberschule direkt hinter dem Stadion umgeleitet und die Grundschüler bräuchten nicht mehr um die Schule herum zu fahren. (Verlängerung des Fußweges beginnend von der Liebigstraße parallel zum Spillmannsweg) So würden auch die Fahrradfahrer vom neuralgischen Punkt (Parkplätze zwischen KiGa und Schule) weggeleitet.</p> <p>4) Bei der Planung der Halle und des Außengeländes möchten wir uns gerne einbringen. Es ist darauf zu achten, dass die neue Turnhalle auch ein Arbeitsplatz für LehrerInnen ist, der bestimmte schützende Voraussetzungen mitbringen muss. Wir schlagen deshalb ein beratendes Gremium vor, dass mindestens aus den Schulleitungen und Sportfachleitern sowie den Hausmeistern und ggfs. weiteren direkt betroffenen Personen besteht.</p> | <p>Die Realisierung notwendiger Abstellmöglichkeiten wird im Zuge der weiteren Objektplanungen berücksichtigt.</p> <p>Der Hinweis zur Verkehrsproblematik im Umfeld der Grundschule und des Kindergartens wird zur Kenntnis genommen. Im Zuge der weiteren Detailplanung wird die Neuregelung der Verkehrsführung geprüft.</p> <p>Es ist eine angemessene Beteiligung der betroffenen Schulen im Rahmen der weiteren Planungen vorgesehen.</p> |
|--|--|